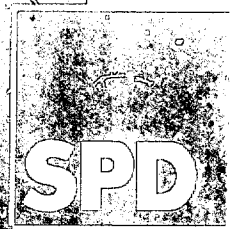
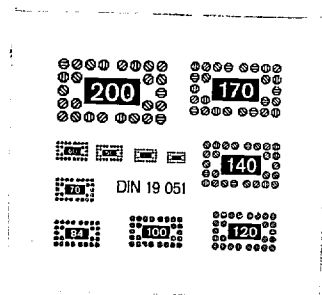


Alt und Jung:

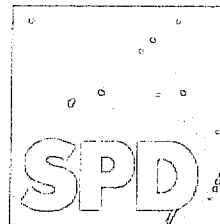
Fortschritt braucht Solidarität



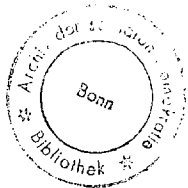
aus der SPD-Programmdiskussion

Alt und Jung:

Fortschritt braucht Solidarität



Beiträge aus der SPD-Programmdiskussion



A89-3529

Einladung zur Diskussion

Für eine Politik, die verantwortlicher die humanen und sozialen Fragen des Zusammenlebens der Generationen einbezieht, brauchen wir Konzeptionen, die nicht lediglich kurzfristige Lösungen bieten.

Auf einer Forumsveranstaltung wurde Ende 1988 in Mainz auf Einladung der SPD-Programmkommission über das Generationen-Kapitel ein erster Programm-Entwurf diskutiert. Gefragt wurde danach, ob das neue Grundsatzprogramm der SPD auch vom „Generationendenken her strukturiert“ werden soll und ob bzw. wieweit der Grundwert „Solidarität“ (noch) trägt.

Der geschäftsführende Vorsitzende der Programmkommission, Oskar Lafontaine, forderte in der Einladung dazu auf, eine „Balance zu finden zwischen den individuellen Ansprüchen und den unterschiedlichen Gemeinsamkeitsbedürfnissen, zwischen Lebensplänen der Generationen einerseits, den Anforderungen in der Alltagswirklichkeit und den Lebenslagen andererseits“.

Wichtige Stichworte in der Diskussion waren u. a. ausdifferenzierte familiäre Lebensformen, Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit, Geborgenheit, Kommunikation und experimentelle Freiräume als Chance für alle.

In der vorliegenden Broschüre werden die Referate und einige Diskussionsbeiträge dokumentiert. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal für die Mitarbeit.

Der zweite und abschließende Programm-Entwurf wird noch bis Ende 1989 diskutiert. Veränderungsvorschläge und Kritik sind nach wie vor willkommen.

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Leitbilder und Lebenspläne der Generationen haben sich verändert.

7

Rudolf Scharping: Neue Wege der Versöhnung von Solidarität und Individualität?

Leitfragen an das Generationenforum

7

Leopold Rosenmayr: Rhythmen – Verluste – Versöhnbarkeit. Über das Verhältnis von Alt und Jung in der Gegenwartsgesellschaft.

9

2. Lebenswirklichkeiten der Generationen heute Neue Anforderungen an die Politikplanung.

Gesprächsrunde mit Ilona Ostner, Hans-Peter Tews, Hans Bertram

25

Familie 2020 – „Alter(n) und Altersbild sind veränderbar“ – „Jugend als Lebensphase eigenen Rechts“ – Erwerbsarbeit und „Leistungsziel“

26

Beiträge aus dem Plenum.

39

3. Was heißt hier Solidarität? Generationen im neuen sozialdemokratischen Grundsatzprogramm.

Ilse Brusis: Einleitende Thesen

47

Fragen und Anforderungen an das neue SPD-Programm. Diskussion mit Sybille Nonninger, Elfriede Eilers, Monika Simmel-Joachim, Ilse Brusis, Rose Götte.

52

„Wir wollen alles für Mädchen“ – „Abschied nehmen von der alten Familienideologie“ – „Gemeinsame Aufgaben sehen“ – „Neuverteilung der Arbeit“.

54

Diskussion mit dem Plenum

61

Schlußbemerkung: Rose Götte

72

Leitbilder und Lebenspläne der Generationen haben sich verändert.

Rudolf Scharping
**Neue Wege der Versöhnung von Solidarität und
Individualität?**

Leitfragen an das Generationen-Forum

1. Welche Bedeutung haben für uns heute „Normalbiographien“, gewissermaßen durchschnittliche Lebensläufe, und sind sie als Orientierungsmuster für ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm brauchbar? Wir sollten bedenken, welche Prägekraft gesellschaftliche Entwicklungen im Bildungswesen, im Berufsleben, soziale und kulturelle Vielfalt haben und wie wir solche Entwicklungen gestalten wollen, damit sie dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität entsprechen.

2. Ist es sinnvoll, ist es notwendig, daß eine Partei ihr Grundsatzprogramm auch mit Blick auf die Generationen diskutiert? Ich sehe in diesem Zusammenhang verstärkten Handlungsbedarf unter der Frage, wie man ein menschliches Miteinander verschiedener Generationen, d. h. auch verschiedener Lebenserfahrungen, verschiedener sozialer Milieus, verschiedener Berufswelten, verschiedener Erfahrungswelten organisieren kann und welche Rolle die Politik dabei spielt.

3. Es gibt in unserer Gesellschaft eine modische Diskussion darüber, daß der Sozialstaat zu einer Belastung unserer ökonomischen Leistungsfähigkeit wird. Parallel dazu wird gesagt, daß die Individualisierung von Lebensstilen und -risiken nicht mehr in Einklang zu bringen ist mit traditionellen sozialstaatlichen Modellen. Hier wird der Versuch gemacht, Individualität und Solidarität gegeneinander auszuspielen.

Gibt es Vorstellungen einer neuen Versöhnung des Grundgedankens der Solidarität mit dem der Individualität?

4. Wir müssen wieder stärker ins Gedächtnis rufen, daß gemeinsames Handeln von Generationen unter dem Gesichtspunkt der Solidarität auch von Generationen etwas mit der Sicherung persönlicher Freiheit zu tun hat. Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit, die Wirkungen, die von ihr ausgehen auf die Wahrnehmung von Rechten aktiv Beschäftigter in Betrieben, die Tatsache, daß eine große Zahl von älteren Menschen in Altenwohnheimen oder Altenpflegeheimen zu Taschengeldempfängern degradiert werden, weil die Kosten ihrer Unterbringung oder ihrer Pflege von dem erworbenen Anspruch auf Rente oder Pension nicht mehr abgedeckt werden können: das sind sehr konkrete Beispiele dafür, daß die Sicherungen des Sozialstaates nicht mehr hinreichen, um persönliche Freiheit und Würde zu garantieren (Aus dem Einleitungsreferat zum Forum „Alt und Jung“).



tte

Erhard Eppler, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Programmkommission
Rudolf Scharping, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Vorsitzender der Jugendpolitischen Kommission der SPD (r)

Leopold Rosenmayr

Rhythmen – Verluste – Versöhnbarkeit*

Über das Verhältnis von Alt und Jung in der Gegenwartsgesellschaft

Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß eine **soziale Politik auch eine Politik des sozialpsychologischen Verständnisses** sein müsse. Wissenschaft kann nur in sehr seltenen Fällen direkte Politikberatung bedeuten. Die Rolle der Wissenschaft besteht eher darin, Politiker bei der Findung und beim Ausbau ihrer eigenen Standpunkte zu begleiten und zu beraten. So versuche ich hier eine Sensibilisierung für die politische Diskussion mit Hilfe von Begriffen.

1. Gesellschaftliche Großtrends als Voraussetzungen

Ehe ich mich mit der Jugend, dem Alter und den Generationenbeziehungen befasse, möchte ich sieben Stichworte zur gegenwärtigen Gesellschaftssituation in hochentwickelten Ländern geben.

1. Wir leben in einer Gesellschaft, die sich langsam ihrer großen Risiken stärker bewußt wird, die aber nur sehr schwer imstande ist, unterschieden Konsequenzen aus diesen Risiken zu ziehen.¹⁾ Nicht mehr ist uns der Optimismus des Planes vergönnt; wir denken immer öfter mit einem gewissen Schrecken an die Folgen vieler Entscheidungen. Wir sind voraus-sichtig geworden, ohne allerdings daraus Konsequenzen für die Politik zu ziehen. Die Möglichkeiten des Durchschauens, des Erkennens durch Information und Bildung haben sich erhöht. Wir wissen jedoch viel mehr, als wir in Entschlüsse oder Beschlüsse umsetzen können. Einerseits ist die Wahl schwerer geworden, andererseits mangelt es auch an Entscheidungsmut.

2. Subjektivität wird im hohen Maße ermöglicht. Entsteht in gleicher Weise die Befähigung zu einem geschichtsmäßigen Handeln? Viele Voraussetzungen für subjektives Handeln werden verstärkt. Doch

* Vortrag, gehalten beim Programm-Forum der SPD, Mainz 24. 11. 1988

1) Ulrich Beck, *Risikogesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp 1986; Derselbe, *Gegen-gifte*. Frankfurt: Suhrkamp 1988.

wie kann der einzelne für sich jene Verantwortung finden, die das subjektive Handeln durchdringen müßte? Von enormer Bedeutung werden Vorstellungen, wie: „Arbeit an sich selbst“ oder „Bereitschaft zur Rücknahme“. Gerade die Rücknahmebereitschaft wird zu einer Schlüsselkategorie. Wir haben Irrtum noch immer zu wenig als eine Notwendigkeit begriffen. Allerdings ist es sehr wichtig, Irrtümer nicht in Dimensionen zu begehen, die jahrzehnte- oder jahrhundertlang Folgen haben können.

3. Der Wiener Komödiendichter Nestroy hat im 19. Jahrhundert bereits über den Fortschritt gesagt: „Der Fortschritt, is a nimmer des, was er amoi woar.“

Es zeigt sich heute eine **Aufspaltung zwischen der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung und der sozialen**, der Annäherung an soziale Gerechtigkeit. Der technologische Fortschritt geht voran. Die andere Seite, sich selber zu finden, sich erkennen und in seiner Angst besser aufrecht zu halten, in seinen Ungewißheiten stärken zu können, diese Art von „Fortschritt“ ist viel problematischer geworden. Auch viele Arten von Emanzipation bereiten Schwierigkeiten, mehr als ursprünglich gedacht.

4. Feststellen läßt sich eine **Destandardisierung von Lebensmodellen**, die Deinstitutionalisierung von Lebensläufen. Wir finden mehr Unsicherheit darüber, was wann im Leben geschieht: Verheiratung, Berufsbeginn, Ausscheiden aus dem Beruf, Bildungsurlaube etc. Zeitpunkte und Phasen sind unsicher geworden. **Mehr vorhandene Flexibilität und zunehmende Dispositionsräume sind mit mehr Unsicherheit verbunden.**

5. Beharrlich gehalten haben sich Momente der Ungleichheit in der Gesellschaft. Die Ungleichheit hat sich auf neuen Gebieten zum Teil verschärft und verstärkt, was mit dem Schlagwort der „neuen Armut“ bezeichnet wird. Die Schwierigkeiten in der wirklichen Öffnung zur Chancengleichheit finden wir auf verschiedenen Strukturgebieten, einerseits in der Stellung der Frau, über deren Egalisierung diskutiert und geplant, aber doch nur sehr teilweise wirklich etwas erreicht wird. Zum anderen besteht die große Schwierigkeit, mit der „gesellschaftsbedingten Selbstverursachung“ von Benachteiligung zu Rande zu kommen. Die Forschung verweist immer stärker auf die Eigenbeteiligung an sozialer Ungleichheit. Andererseits müssen diese

Tendenzen und Entwicklungen von Selbstschädigung oder Nichtwahrnehmung von subjektiven Chancen richtig gesehen werden, d. h. „Schuld“ kann nicht undifferenziert dem Subjekt zugewiesen werden, um dadurch die Gesellschaft ihrer Aufgaben zu verpflichten.

6. Wir sehen deutlich einen Verlust an Schutzräumen für Kindheit und Jugend. Diese Schutzräume fehlen auch für das Alter, denn welche weißhaarige und unter Umständen auch schon etwas gehbehinderte Dame will sich unbedingt im öffentlichen Verkehrsmittel einen Sitzplatz erkämpfen. Sie würde sich damit ganz deutlich als Trägerin eines „Runzelpasses“ deklarieren. Soziale Schutzräume sind in der Welt der Individualisierung seltener und weniger effektiv geworden.

7. Der Anspruch auf Subjektivität und die Verantwortung für diese Subjektivität klaffen weit auseinander. Das Austragen und die Ausgestaltung dieser Verantwortung erweisen sich als langwierig und schwierig. Chancen für Subjektivität werden einerseits durch Bildung und Medien angeboten, andererseits durch Informationslabirynthe und Konsumüberschüttung wieder ausgewaschen oder verschüttet.

2. Jugend: Ende der Patronisierung bei fortwährender Alimentierung

Von diesen Voraussetzungen her möchte ich zuerst über den Jugendbegriff und dann über Alterskonzepte sprechen.

Die Älteren fragen: Wie soll die Gesellschaft weiterbestehen, wenn die Jungen Werte und Ziele der Älteren nicht aufrechterhalten? Die Alten vergessen zweierlei: Einmal, daß sie selber nicht nur aufbauende, sondern auch zerstörende Handlungen gesetzt haben, daß sie vieles vergessen und nicht rechtzeitig, wie z. B. die Prozesse der Umweltzerstörung in den 50er und 60er Jahren, vorhergesehen haben. Sie vergessen auch, daß für künftige Entwicklungen Haltungen und Ziele immer wieder modifiziert, neu überlegt und neu vermessen werden müssen. Fixierung kann, wie Paul Valéry schon um die Jahrhundertwende formulierte, dem „unaufhörlichen Weiterwirken“ nicht standhalten.

Die Älteren empfinden Jugend in vieler Hinsicht, vielleicht tritt dies manchmal zu wenig ins Bewußtsein, als eine gewisse Gefährdung.

Jugendkritik aus Unterlegenheitsneid ist für viele Ältere eine kaum zu unterschätzende Gefahr. Niemand kann sich Affekten gegenüber der Jugend ganz entziehen. Es ist das Neidgefühl, daß Jugend noch ein langes Stück Leben vor sich hat. Die Jungen sind körperlich kräftiger, sie können mit ihrem Leben noch mehr anfangen. Die beste Form, mit diesem Neid umzugehen, ist dessen Bearbeitung, das Wahrnehmen, Wahrhaben und Bewußtmachen dieser Affekte, nicht deren Leugnung.

Welchen großen und wichtigen Wandlungen ist die Jugend unterworfen? Was vor 15 Jahren Jugendlichen zwischen 15 und 20 gestattet war, ist heute von seiten der Eltern großteils schon den 10- bis

15jährigen erlaubt.²⁾ Lüste und Vergnügen rücken näher an die Kindheit heran.³⁾ Der Kreislauf von Streß und Lust, in dem die Eltern dauernd leben, erhöht deren Einforderungshaltung gegenüber den Kindern. Die Eltern wollen sich vielfach gar nicht mehr so durchsetzen, und die Kinder wollen sich immer weniger einordnen. Aber man kann bei dieser Individualisierung keineswegs vorderhand auch schon von einer Autonomisierung sprechen. Man kann von einem Ende der Patronisierung bei Aufrechterhaltung der Alimentierung sprechen.

Autorität und Autoritätsanspruch werden zurückgenommen. Andererseits verbleiben ökonomische, soziale und vielfach auch affektive Abhängigkeiten der Jungen von den Eltern. Die Untersuchungen des Konsumverhaltens von Jugendlichen zeigen, daß in der überwiegenden Zahl aller Käufe, die über den Alltagskonsum hinausgehen, auch diejenigen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die sich stark von den Eltern abgesetzt haben, d. h. etwa getrennt wohnen, für solche Käufe von den Eltern Geld erhalten bzw. auch verlangen.

Die Familie rückt aus dem Zentrum der Sozialisation heraus. Wir haben es mit einer historischen Phase plurizentrischer Sozialisation, also einer Beeinflussung und Formung des Individuums von vielen Kräften her, zu tun. Die Abnahme der psychischen Gestaltungsfähigkeit der Familie, ihre Verdrängung aus Zentralbereichen der Sozialisation, sind ein Grund dafür, daß in den Familien so etwas wie eine nackte, kulturell kaum mehr durchgestaltete Emotionalität besteht. Diese Mängel sind nach sozialen Schichten, nach Bildung und anderen Variablen sehr verschieden ausgeprägt. Aber die schwach gestalteten Emotionalitäten führen zu Unsicherheiten in den Lebensformen und im Stil der Daseinsbewältigung.

3. Fluchtendenzen der Jungen aus den großen Institutionen

Die Wirkung der technologischen Entwicklungen auf die Jugend stellt Matthias Kollatz heraus: „Die Hi-Tech-Gesellschaft“, schreibt er, „ist

2) Leopold Rosenmayr, *Wege zum Ich vor bedrohter Zukunft*, in: *Soziale Welt*, 3, 1985, S. 285 ff.

3) W. Fuchs, *Jugendliche Statuspassage oder individualisierte Jugendbiographie?* in: *Soziale Welt*, 4, 1983, S. 401-419.



Prof. Leopold Rosenmayr (Wien), Gerontologe

vordringlich eine Gesellschaft der Spaltung, der Nicht-Solidarität und einer konservativ besetzten Dynamik. Die Hochburgen der Computertechnologie", zitiert er weiter, „produzieren soziale Bindungslosigkeit.“⁴⁾ In einer Soziologie der Technik bzw. der Auswirkung von fortgeschrittenen Technologien auf Jugend müssen wir sehen, daß durch die heutige Technologie Individualisierungstendenzen gefördert werden. Die Individualisierung kann nicht allein als psychologisches Phänomen erklärt werden, sie ist ein gesellschaftliches, durch Technologien mitbedingt.

Bei einer österreichischen Studie an 1200 jugendlichen Befragten zeigte sich eine interessante, wenn auch in gewisser Weise beunruhigende, Ambivalenz: je technischer der Arbeitsplatz ist, je stärker er verselbständigt wird und je stärker verschiedene fortgeschrittene Hi-Tech-Elemente eingebracht werden, desto größer ist die Hoffnung auf kürzere Arbeitszeit. Andererseits wächst die Angst vor zunehmenden geistigen Anforderungen und Anstrengungen. Jugendliche und Jungerwachsene rechnen am Arbeitsplatz mit zunehmenden Spannungen. Selbst diejenigen, die eine Tätigkeit als interessant beurteilen, heben zunehmende psychische Belastungen hervor. „In den letzten Jahren wird der Druck immer größer . . . Die Chefs haben Termenschwierigkeiten.“⁵⁾ Es wird ein gemischtes Grundgefühl ausgedrückt: Unrast und Hektik stehen bestimmten Entlastungen gegenüber.

Die berufliche, für die Reproduktion der ökonomischen und sozialen Existenz notwendige Arbeitsphase ist kürzer geworden. Die Lebenserwartung hat sich verlängert. Die Phase der Bildung, Ausbildung und Berufsvorbereitung für junge Menschen wird länger. Andererseits wird der Beruf gegenüber den agrarisch-handwerklichen Tätigkeiten um rund zehn bis fünfzehn, ja zwanzig Jahre früher beendet. Junge Menschen fangen als Jungerwachsene das Berufsleben später an, und Ältere treten früher aus dem Berufsleben aus. Wir können von einer Einengung der beruflichen Arbeitsphase sprechen und von

4) Vgl. Matthias Kollatz, *Unsere Utopien von heute können die Realität von morgen sein!* In: *Frankfurter Hefte*, 9, 1987, S. 14.

5) Leopold Rosenmayr, *Wege zum Ich – Jugendentwicklung im kulturellen und politischen Wandel*, in: Braun und Knapp (Hrsg.), *Jugend in Österreich – Realität und Perspektive*. Wien: Orac 1985, S. 96–110.

einer Erweiterung der biologisch-sozialen Aktivphase mit Selbstbestimmungschancen im Leben.⁶⁾

Über das Verhältnis der Jugendlichen zur Politik läßt sich aus österreichischen Untersuchungen zeigen, daß Jugendliche und Jungerwachsene gegenüber den älteren Generationen der Meinung sind, daß kleine Gruppen in der Politik stärker durchsetzungsfähig sind als große Organisationen und Parteien.⁷⁾ Es beginnt das Interesse zu wachsen, mit Menschen in überschaubaren Zonen und Einheiten sich politisch zusammenzuschließen. Nur eine winzige Minderheit der Jungen kann sich bereifinden, in den etablierten Parteien mitzuarbeiten. Politsoziologen und Politologen zeigten, daß z. B. bei den letzten Wiener Gemeinderatswahlen im Herbst 1987 zwei Drittel aller Erstwähler den Urnen ferngeblieben sind.

Dazu kommt, daß Politiker von den Jungen zunehmend als eine Gruppe mit unmoralischen und unsympathischen Verhaltensweisen gesehen werden. Sie erscheinen als korrupt und bestechlich. Die Jungen meinen eher als die Älteren, daß die Politiker vor Wahlkämpfen und Wahlkampagnen lügen.

Die Flucht der Jungen aus den großen Institutionen und Parteien ist ein entscheidendes gesellschaftliches politisches Symptom unserer Tage. Die Jugendlichen interessieren sich eher für kleine Gruppen, weniger wollen sie sich in den klassischen Jugendorganisationen mit ihren geregelten und verfestigten Organisationsprozessen engagieren.

Das Mißtrauen und das Verlassen der alten politischen und ideologischen Gehäuse, die Zurückhaltung gegenüber den traditionellen Organisationen könnte ein erster notwendiger Schritt zu einem Neuanfang des Verhältnisses der Jungen zur Politik sein. Sind die Grünen ein vorweggenommenes Andere? Es wählt zwar nur eine Minderheit

6) Vgl. Leopold Rosenmayr, *Arbeit und Freizeit im Lebenslauf*, in: Leopold Rosenmayr, Franz Kolland (Hrsg.), *Arbeit – Freizeit – Lebenslauf*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1988, S. 3–18.

7) Leopold Rosenmayr (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Wertewandel in Österreich*. München: Oldenbourg Verlag 1980, Einleitung, S. 1–10.

der jungen Wähler grün, aber die Mehrheit aller Grünwähler ist jung.⁸⁾

4. Neue Rhythmen der Entwicklung der Generationen

Gesellschaftliche Stützung durch Produktivitätszuwachs ermöglicht die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und die Verlängerung sowohl der bildend-ausbildenden Vorbereitungszeit als auch die dem Beruf folgenden Zeiten der Nachbereitung. Wenn auch die Fortbildung in der Spätphase des Erwerbslebens nur geringe Bedeutung hat, so bestehen doch Angebote der Weiterbildung und der „Erfüllungsbildung“ für diejenigen, die aus dem Beruf ausgeschieden sind. Dadurch ergeben sich einerseits für die Jugend, andererseits für die aus dem Beruf ausgeschiedenen Älteren Chancen, die verhältnismäßig breite Möglichkeiten der Selbstgestaltung bieten. Insofern **stützt der Sozialstaat auch die Ichbezogenheit**. Aufgrund seiner Leistungen bringt er allerdings noch keine Solidarisierung hervor, weder für die Jugend noch für die Alten. Dies müßte anders geweckt und gefördert werden, nämlich vorwiegend in den kleinen Gruppen oder den, was Sozialpädagogen und Sozialarbeiter als „Konstruktionen vor Ort“ bezeichnen.

Verändert haben sich auch die Familienstrukturen: Die Auseinandersetzung mit den konkreten Autoritäten von Familie und Schule hat bis herauf in die Mitte des 20. Jahrhunderts starke Formen von Konterdependenz und schwere Ablösungskämpfe hervorgebracht. Die häufig vorfindbaren ödipalen Situationen in der traditionellen bürgerlichen Familie bildeten zum Teil zwanghafte Situationen für die Familien. Zudem gab es nur geringe Trennungs- und Scheidungsmöglichkeiten. Gegen diese Familie fanden schwere Ablösungskämpfe der Jungen statt. Viele dieser Kämpfe mit Mächten und Traditionen haben den Jungen subjektive Gewinne von Freiheitsfähigkeit erbracht, wenn sie es überlebt haben. Manchmal konnte sich die Tochter wirklich vom Vater lossagen, oder, was vielleicht noch schwieriger war, der Sohn von der Mutter trennen. Arno Gruen hat

8) Vgl. Leopold Rosenmayr, *Jugend als Spiegel der Gesellschaft? Zur Deutung neuer österreichischer Forschungen*, in: Herbert Janig, Peter C. Hexel, Kurt Luger, Bernhard Rathmayr (Hrsg.), *Schöner Vogel Jugend, Analysen zur Lebenssituation Jugendlicher*. Wien: Universitätsverlag Rudolf Trauner, 1988.

diese Fixierung, das unbedingte Aufrechterhalten-Wollen eines positiven Bildes des jeweils anderen Ehrerteils, als eine enorme Schwierigkeit für Selbstbefreiung und Selbstfindung bezeichnet.⁹⁾

Der familiäre Binnendruck auf die psychischen Strukturen der Kinder und nachwachsenden Jugendlichen hat, wo er nicht weitgehend zerstörerisch war, durch die in den Jungen erwachenden Gegenkräfte eine gewisse Freiheitsbefähigung geschaffen. Wer die bürgerliche Familie überlebt hat, ist unter Umständen gestärkt aus ihr hervorgegangen. Aber geschädigt hat sie in gewisser Weise wohl alle, die jeweils in ihr aufwuchsen und verweilten.

Wie ist nun heute das Bild Familie? Die gesellschaftlichen Mächte haben sich stark anonymisiert. Die Mittel zur Besetzung der Freiräume sind subtiler, organisierter, von den Firmen bezahlt und wissenschaft-

9) Arno Gruen, *Der Wahnsinn der Normalität*. München: Kösel 1987.



Szene aus dem Theaterstück „Rhythmus-Störungen“ (Spielwerkstatt Berlin) Forum „Alt und Jung“

lich kontrollierter und rechenhafter geworden. Die Mächte wurden kalter, sie fühlen sich an der Jugend wesentlich weniger beteiligt. Die Eltern der bürgerlichen Familie, sofern und so stark sie auch Selbstbestätigung oder Macht gegenüber der Jugend beansprucht haben, identifizieren sich trotzdem emotional mit den Nachwachsenden, mit ihren Jungen.

Die organisierten Mächte der Konsum- und Freizeitangebote haben sich in keiner Weise mit einer eigenen Betroffenheit auseinandergesetzt. Sie okkupieren kühl die potentiell wachsenden Freiheiten der Jugend, damit sie ihre Produkte oder ihre Informationen vermarkten können. Es ist ein Wechsel in der Instanzenstruktur vor sich gegangen. Die Eltern sind toleranter, permissiver, nachgiebiger und unwirksamer geworden. Übergeordnete Markt-, Medien- und Konsumorganisationen haben sich der Jugend weitgehend zu bemächtigen begonnen. Und die Jugend hat ohne die starken Kräfte der Konterdependenz nicht genug Resistenz herausgebildet. Das Außen hat Übermacht erlangt.

5. Intergenerationelle Konflikte ertragen und lösen lernen

Konzepte und Vorschläge zu Haltungsänderungen möchte ich in drei Stichworten formulieren.

Erstens: **Empathie**. Wo Empathie gegenüber den Jungen gelingt, wird zwischen den Generationen Wärme frei, die dem anderen erlaubt, Angst abzubauen. Günstigenfalls entsteht sogar eine gewisse Bereitschaft zur Kommunikation, entstehen Verbindlichkeit und Mitverantwortung. Eine Schlüsselfrage ist wohl, woher wir Verbindlichkeiten beziehen können? Welche gesellschaftlichen Mächte vermögen Verbindlichkeit hervorzubringen und zu entwickeln?

Zweitens: **Anteilnahme**. Meine These ist, daß sich Verbindlichkeit nur aus einer Wechselseitigkeit und nur aus Empathie und Anteilnahme entwickeln kann, aus einer Anteilnahme, die genügend Zeit zur Kommunikation, genügend Möglichkeit des Eingehens auf den jeweils anderen enthält. Schulen und Medien mögen Abstraktionsfähigkeit vermitteln, aber wie können sie Verbindlichkeiten stützen?

Verbindlichkeit ermöglicht auch eher Orientierungsfähigkeit. Diese letztere sehen wir als ein wichtiges Element einer verlässlichen Solida-

risierung an. Jugendliche oder junge Menschen, die Orientierungs- und Zuordnungsfähig sind, haben die besten Dispositionen zu einer Solidarität, die Belastungen und Erosionen standhalten kann.

Drittens: **Aggression und Konflikt**. Aggression und Konflikt werden im zunehmenden Maß als Elemente einer Verhandlungsfähigkeit genommen werden können. „Dort, wo Aggression ist“, so hat Konrad Lorenz gesagt, „kann Liebe entstehen“. Wo keine Aggression ist, da kann es keine Liebe geben. Die Befähigung der Familien zum Streit scheint mir ein wichtiges Erziehungs- und familienpolitisches Konzept zu sein, wenngleich es sehr viel Mühe und Zeit kostet, Streit zu ertragen und auszutragen. Aggressionsbereitschaft muß nicht unbedingt, aber kann häufig auch Liebesbereitschaft sein. Man ist aggressiv, weil man etwas sucht und nicht findet, weil man Liebe geben oder empfangen will und die Barrieren fühlt.

Die „Verhandlungsfamilie“ als eine Form der nachbürgerlichen Familie muß Konflikte ertragen und Konflikte austragen lernen.

6. Verluste akzeptieren: auf dem Weg zu einer alterspolyphonen Gesellschaft

Die Altersstrukturen der Bevölkerung sind in einem Umbruch begriffen. In den nächsten Jahrzehnten bis zum Jahr 2030 wird sich in Mittel- und Westeuropa der Anteil der über 60jährigen von rund 20 % auf rund 40 % erhöhen. Wir leben in einer Phase des Zuwachses von älteren Menschen. Selbst in den bevölkerungsreichen Ländern Afrikas wird es starke Änderungen durch das Ansteigen des Altenanteils geben. Andererseits wird sich der Anteil der bis 20jährigen von 25 % auf 15 % verringern.

Nach Hans Peter Tews sind das Alter und sind die Alten nicht mehr nur als **Resultante** bzw. als Ergebnis der Medizin bzw. des Sozial- und Wohlfahrtsstaates zu sehen, sondern auch als **Determinante** gesellschaftlicher Entwicklung. Die Ausweitung der Altersphase führt zu einer Situation, durch die nach Tews „nicht nur neue Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens nachbürgerlicher Art entstehen, sondern in der Gesellschaft und Staat auch herausgefordert sind, dem Gestaltungsbedürfnis oder der Gestaltungsbedürftigkeit Rechnung zu tra-

gen.¹⁰⁾ Fortbildung kann z. B. eine Hilfe sein, ein vom Beruf freigesetztes Leben gestalten zu können. Angebote einer neuartigen Körperkultur und eines Verständnisses humanisierter Beziehungen können Veränderungen zu einem sanfteren Leben im Alter sein.

Viele Entwicklungen deuten auf zunehmende Individualisierung hin, die natürlich auch die in 30 und 40 Jahren in Pension tretenden Menschen mitbringen werden. Aber trotz dieser Individualisierung dürfte nicht verabsäumt werden zu sehen, Angebote zu schaffen, die genutzt werden können und die dann, besonders was die Hochaltrigen anlangt, in besonderer Art und Weise ausgebaut werden müssen.

Durch eine Pflegegeldversicherung könnte der Problematik des relativ hohen Anteils der Hilfsbedürftigen Rechnung getragen werden. Denn die Phase des Alters wird nicht als eine einzige zu sehen sein, sondern vermutlich drei verschiedene Abschnitte umfassen. So werden die Frühpensionisten und Frühalten als Träger eines verlängerten Lebenshöhepunktes aufgefaßt werden können und die jungen handlungs- und selbstbestimmungsfähigen Alten zwischen 60 und 80 den in ihren Wirkungskreisen und ihrer Selbstbehauptung eingeschränkten Hochbetagten gegenüberzustellen sein. Bedürfnisse und Probleme dieser genannten drei Gruppen sind sehr verschiedenartig gelagert. Man wird in Hinkunft vielleicht besser von Lebensstilen und Daseinsvoraussetzungen **innerhalb** einer großen Phase sprechen, als kleinere chronologische Phasen voneinander zu unterscheiden.

Hinzuweisen ist auf die Notwendigkeit der Stützung der Familie für die Erfüllung der Hilfsbedürfnisse der Hochbetagten. Rücksicht zu nehmen ist auf die Druck- und Zwangssituation der Frauen im mittleren oder späten mittleren Alter, die entweder Töchter oder sogar schon Enkelkinder betreiben und noch für eigene Eltern oder sogar Großeltern zu sorgen haben. Es werden der Familie Aufgaben zugeschoben, die von der Familie ohne Stützung und ergänzende gesellschaftliche Einrichtungen nicht bewältigt werden können.

Die Situation der Jungen und der Älteren wird also von ökonomischen und gesundheitlichen Fragen entscheidend mitbestimmt. Es

10) Hans Peier Tews, *Strukturwandel des Alters – Konzepte und Orientierungen*. Vortrag gehalten beim SPD-Forum, Mainz, 24. 11. 1988.

entsteht ein Potential von Älteren, die in einer gewissen Aktivität durch viele Jahre ein gesellschaftliches Gewicht von großer Bedeutung annehmen können.

Als Voraussetzung einer einigermaßen wohlklingenden Alterspolyphonie greife ich die Fähigkeit der Verarbeitung gelebten Lebens und der Beziehung des Gestern auf das Heute heraus. Durch das befreiende Sprechen der Alten und deren Möglichkeit, Trauer und Schwäche zu bekennen und damit eine Gesinnung der Rücknahme zu zeigen, könnten die Alten verschiedener Phasen und Lebensstile zu einer alterspolyphonen Kultur beitragen. Eine solche Funktion Älterer wäre eine gute Kraft gegen das technologische und kommerzielle Diktat immer neuerer Produkte, ein Diktat, das voller Vergessen und Verdrängen ist. Man sollte sich bewußt machen, daß die **Wegwerfgesellschaft zugleich eine Verdrängungsgesellschaft** ist. Vergangene Geschehnisse werden viel zu rasch in die Tonne der Vergesslichkeit geworfen.

Kulturelle Alterspolyphonie könnte eine Gegenkraft gegen blinden Innovationszwang sein, den die Wirtschaft und besonders ihr unreflektierter Kommerzialisismus ausüben. Aus individuell wahrgenommener und ergriffener Freiheit kann die Beeinflussung der Kultur durch die Älteren Realität gewinnen.

Wächst die Zahl der kulturell aktiven, der sprachfähigen Alten? Werden sie eine Spur in der Gesellschaft ziehen können, die nicht durch Selbstmitleid profiliert ist oder durch ein Beharren auf dem, was sie geleistet haben? Viele ältere Menschen bleiben in der irreführenden Vermutung stecken, daß Erfahrung direkt vermittelt werden könnte. **Doch nur unter der Berücksichtigung des Heute und Jetzt und der Probleme, die hier und jetzt anstehen, ist Erinnerung zu reichend und folgenreich vermittelbar.**

Es scheint mir außerordentlich wichtig zu sein, auf diese Chance der Selbsterziehung der älteren Generation hinzuweisen, auf diese schwierige und mit einer gewissen Selbstzurücknahme verbundene Auseinandersetzung mit den Jungen. Durch ein falsches Dramatisieren früherer eigener Leistungen können Barrieren zu den Jüngeren entstehen. Wenn die älteren Generationen Vergangenes nicht leugnen oder beschönigen, erlauben sie dadurch den Jüngeren, Zugang

zu den für sie, die Jüngeren, in der Geschichte versunkenen Erfahrungen zu gewinnen. Nie ist die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem als Chance so ausgeprägt, das Nebeneinander von drei, vier oder fünf Generationen so stark Realität gewesen wie heute. Es gibt heute Minderheiten von Großeltern, die selbst Großeltern haben und diese auch pflegen und betreuen.

Das Verhältnis der Generationen wird dann verbessert, wenn die Jungen merken, daß auch sie von den Alten Anerkennung erhalten und daß nicht nur von ihnen, den Jungen, erwartet wird, die Alten anzuerkennen. Ist Verstehen nicht möglich, hilft Anerkennung von individueller und geschichtlicher Andersartigkeit zu einer versöhnlichen Lebenspraxis.

7. „Matureszenz“ (lebenslanges Reifen) aller Generationen als Grundlage für Versöhnbarkeit

Zum Schluß möchte ich noch einen Blick auf die provokativ in den Titel gesetzten Worte „Rhythmen – Verluste – Versöhnbarkeit“ werfen. Der **ständige Innovationszwang der Technologie und des Kommerzes können nicht als Rhythmen humaner Entfaltung bezeichnet werden**. Innovation gibt nicht aus sich die Möglichkeit zu „Matureszenz“, wobei mit diesem Begriff das Reiferwerden ausgedrückt wird, nicht das Reifsein.

Matureszenz bedeutet im Unterschied zu „Reife“ einen lebenslangen, nie abgeschlossenen Prozeß. Wir müssen uns von der Vorstellung trennen, daß der Erwachsene oder der Alte reif **sei**. Dies bedeutet gleichzeitig das Zugeständnis an **alle** Lebensalter, reifen zu können, in einem Prozeß der Matureszenz zu stehen. Es bestehen vielfältige Möglichkeiten zur Matureszenz, die auch retroaktive Sozialisation miteinschließen kann.¹¹⁾ Gemeint ist damit, daß der kleine Bub dem Großvater am Computer verschiedene Dinge erklären kann. In der Tat ist in vielen Hinsichten für die Jugend eine gewisse Belehrungs- und Instruktionsmöglichkeit gegenüber den älteren Generationen gegeben. Diese gesellschaftlich und moralisch bejahen

11) Vgl. Leopold Rosenmayr, *Jugend*, in: René König (Hrsg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 6. Stuttgart: Enke 1976.

Rhythmen vermögen die anscheinend zwanghafte Modernisierung, die ein reines Vorstoßen und Vorandrängen ist, zu humanisieren.

Schließlich erkennen wir immer mehr, daß Verluste an geschichtlichem Wissen und Erfahrung unbedingt erfolgen. Dies ergänzt meine These von der Unmöglichkeit der direkten Erfahrungsvermittlung, so schmerzhaft diese Unmöglichkeit gerade für die Älteren sein mag. Viele Dinge, die ein Mensch im Rhythmus des biologischen und auch des gesellschaftlichen Lebens erlebt hat, vergehen und sterben tatsächlich. Verluste treten ein, müssen und sollen eintreten. Goethe hat Mephisto das Wort in den Mund gelegt: „Alles was entsteht, ist wert, daß es zu Grunde geht“. Das Entstandene ist demnach wert, daß es Neuem, anderem Platz gibt. Verluste sind leichter bei Generationenvielfalt zu ertragen. Denn Alter ist potentiell Träger eines „Meta“-



Szene aus dem Theaterstück „Rhythmus-Störungen“

Wissens. Darunter verstehe ich ein Wissen, das über gewisse Formen alltäglichen oder auch wissenschaftlichen Wissens hinausgeht. „Meta“ oder „Über“ bedeutet bei diesem Wissen, daß es „Rahmen“ zu geben vermag. Metawissen bedeutet nicht direkten Eingriff, nicht eine konkrete Anweisung, **was** in einer Familie „das Richtige“ sei. Vom Standpunkt des Metawissens müßten **verschiedene** Wege für Konfliktlösung gezeigt werden. Nicht eine Norm an sich wäre zu setzen, sondern es wären Hilfen zu geben, wie Normen Situationen regeln könnten. Darin sehe ich Beratungsmöglichkeiten durch die Älteren, die Funktion ihres „Meta“-Wissens.

Ganz zum Schluß ein Wort zur **Versöhnbarkeit**. Versöhnung sollte nicht um den Preis der eigenen Wahrheit erreicht werden. **Statt bloßer „Bewahrung“ müßte Wahrheitsfähigkeit** in den Vordergrund treten. Nicht nur die Jungen wären zur Wahrheit oder Aufichtigkeit zu mahnen, sondern auch die Älteren sollten erkennen, daß das, was sie bieten können, durch die Filter **ihrer subjektiven Aufrichtigkeit** gehen muß, wenn es angenommen werden soll. Erst dadurch würde Überzeugungsmacht entstehen, und die Möglichkeit könnte sich entwickeln, daß die Jungen die Älteren annehmen und mit ihnen die Welt, die dessen bedarf, immer wieder verändern.

Lebenswirklichkeiten der Generationen heute. Neue Anforderungen an die Politikplanung.

Gesprächsrunde mit: Ilona Ostner, Hans Bertram,
Hans-Peter Tews

Dagmar Wiebusch
Moderatorin

Wir haben heute mittag eine Szene gesehen, eine improvisierte Familienszene, von der ich eben jetzt auch in der Pause gehört habe, daß sie als eine richtig schön bürgerliche Familienszene eingestuft worden ist. Deshalb will ich sie kurz zusammenfassen.

Eine Familie: Mutter, Vater, zwei Kinder, eine Tochter 14, Sohn 8 Jahre, verbringen den Sonntagmorgen. Die Mutter kocht Rouladen, es ist etwa 12 Uhr. Der Vater badet, die Tochter döst noch in ihrem Zimmer rum, und der Sohn sitzt am Computer. Plötzlich taucht der Vater der Ehefrau auf, zunächst, wie es scheint, unerwartet, und will mitessen, kurz darauf die Mutter des Ehemannes. Störungen, Überforderung, Einmischung . . . Konflikt.

Es geht ja bei diesem ganzen Tag darum, daß wir Ideen sammeln für ein Grundsatzprogramm in der SPD, was nicht nur bis morgen reichen soll, sondern für 30/40 Jahre gültig ist.

Wir kommen dann im Jahre 2020 an. Meine Frage ist einfach, wie würde denn so ein Sonntag oder eine Familienszene da aussehen.

Ich gebe die Frage an unsere Referenten, Frau Ostner, Herrn Tews und Herrn Bertram.

Hans Peter Tews

Es ist sicher nicht leicht, sich die Familienkonstellationen in jener Zeit vorzustellen. Wahrscheinlicher mag sein, daß nur noch ein Kind vorhanden ist. Und vielleicht ist die konfliktverursachende Situation dann genau noch so zu erwarten, weil sich die Beziehungen zwischen den Generationen nicht so grundsätzlich verändern. Eine harmonistische Variante wäre, daß das Verhalten zwischen den Generationen anders strukturiert wird, Beziehungen zwischen den Generationen, Bedürfnisse nach Nähe und Distanz konfliktärmer realisiert werden. Das würde bedeuten, daß sie vielleicht seltener, aber erwartet auf-tauchen. Möglicherweise haben sich dann stärker konfliktregulierende Verhaltensnormen zwischen den Generationen durchgesetzt. Die größere Zahl der Alten mag das erforderlich machen.

Ilona Ostner

Ich sehe das sehr positiv. Frauen im Alter meiner Tochter sind dann etwa 50 Jahre alt; sie haben mit dem Ernst gemacht, was sie am Leben meiner Generation kennengelernt haben: Daß sich Haushalte immer häufiger neu zusammensetzen, sich nach außen öffnen für Menschen, die nicht nur dem engsten Kreis einer einzigen stabil gedachten Herkunftsfamilie angehören, also auch für entferntere Menschen, vielleicht auch solche anderer ethnischer Herkunft, für alte wie für junge. Sie werden mehr und mehr ihr Leben in die eigene Hand nehmen wollen, erwerbstätig sein, dennoch und gerade wenigstens ein Kind haben – vielleicht haben diese neuen Frauen es wieder besser gelernt, ihre Kinder anderen zu überlassen. Sie werden heiraten, sich trennen, wieder heiraten oder neue Formen des Zusammenlebens erproben und so erfahren, daß sich bei Familienfesten unterschiedlichste „Reste“ ehemaliger Familien recht friedlich und aufgeschlossen an einem Tisch zusammenfinden. Dies mag utopisch erscheinen, aber durchaus möglich sein. M. E. bietet erst diese neue alte Haushaltsdynamik die Gewähr dafür, daß Haushalte sich sorgend auch für andere, entferntere Bekannte öffnen – weg von ihrem gegenwärtigen Egozentrismus.

Hans Bertram

Ich halte das für eine sehr schöne Utopie. Ich stelle mir allerdings vor, daß man sich dann nicht über den Sonntagsbraten streiten wird, son-

dern sich beispielsweise darüber Gedanken machen wird, wer denn, wie Herr Prof. Rosenmayr angedeutet hat, das hochbetagte Uroma am nächsten Sonntag im Alten- und Pflegeheim besuchen soll. Denn wenn wir allein einmal den generativen Aufbau ansehen werden, dann werden wir vielleicht ein Kind, zwei Eltern mit den entsprechenden jeweils Angeheirateten haben. Wir werden eine umgekehrte Alterspyramide haben. Die Konflikte werden sich möglicherweise nicht mehr in der Haushaltsführung abspielen, sondern sehr viel mehr da abspielen, wer denn die sozialen Verpflichtungen gegenüber den Älteren und den Ältesten unserer Gesellschaft überhaupt tragen wird.

„Alter(n) und Altersbild sind veränderbar“

Hans Peter Tews

Heute müssen wir bei den Alten stärker differenzieren, wenigstens in junge und alte Alte, selbst wenn es immer schwierig ist, das chronologische Alter als Kriterium zu benutzen. Andere Einflüsse wie Gesundheit und materielle Lebenssituation sind zudem in der Regel bestimmender als das chronologische Alter. Dennoch sind wir auf so grobe Unterscheidungen angewiesen. Stattgefunden hat eine Ausweitung der Altersphase. Sie reicht, orientiert man sich an traditionellen Altersproblemen von den gesellschaftlich alt gemachten Frühpensio-nierten, z. B. den 50jährigen Stahlarbeitern, bis hin zu den über 2000 über 100jährigen, bei denen wir im Jahre 2000 mit rd. 10 000 in der BRD rechnen. Nach wie vor ist mit dem sog. Ruhestand nach allgemeinen Vorstellungen der Beginn der Altersphase verbunden. Die statistische Vorverlegung von Berufsaustritts- bzw. Renteneintrittsalter hat zu einer Verjüngung des Alters geführt. Mit Altersproblemen wird man früher konfrontiert, besonders stark in der beruflichen Situation als älterer Arbeitnehmer. Vermutlich werden Wahrnehmungsprozesse des Alterns aufgrund der beruflichen Entwicklung und auch innerfamiliär deutlicher gesellschaftlich vermittelt. Das führt andererseits zu stärkeren Diskrepanzen in den Alterswahrnehmungen. Der mit 55 Jahren zur Berufsaufgabe Gezwungene wird sich wohl kaum zu den Alten rechnen. Zudem mag sein Gesundheitszustand noch vergleichsweise gut sein, besser möglicherweise als der vorhergehender Altersgenerationen, wenn wir den allerdings eher vagen Indikatoren hierfür trauen können. Verjüngung des Alters bedeutet also die Vorverlegung von „Altersproblemen“ in eine

Lebensphase, in der man sich subjektiv sicher nicht zu den Alten rechnen kann. Verjüngung des Alters bedeutet auch, daß die individuelle Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der mit größerer Wahrscheinlichkeit zu erlebenden Altersphase sich intensivieren dürfte.

Die Lebenserwartung wird bei uns eher noch steigen. Das war in den vergangenen Jahren der Fall, abgelesen an den Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Es gab noch nie so viele Alte. Hochaltrigkeit in diesem Ausmaß ist ein historisch neues Phänomen. Die Zunahme vor allem der alten Alten ist eines der wesentlichsten Charakteristika des neuen Alters und wird quantitativ und qualitativ ein noch bestimmenderes Merkmal der Alterssituation der Zukunft sein. Hinzu kommen Entwicklungen zunehmender Singularisierung, im Alter durch Verwitwung und fehlende Angehörige eher erzwungen. Da das höhere Alter häufiger durch Hilfs- und Pflegebedürftigkeit bestimmt ist, zumindest zeitweise, werden Formen der Abhängigkeit im höheren Alter durch strukturelle Entwicklungen verstärkt. Ob die Entwicklung der



Morbidität eher Verbesserungen bei den nachwachsenden Altersgenerationen aufweist, ist strittig. Wahrscheinlich wird es in Zukunft mehr und länger Gesunde geben unter den Älteren, aber auf der anderen Seite auch mehr und länger kranke Alte, Behinderte, Hilfs- und Pflegebedürftige.

Die Rolle der Alten

Mit der Zunahme der Alten gibt es auch mehr Alterszeit, die gebracht und bewältigt werden muß oder für die z. B. Hilfen in unterschiedlicher Form zur Verfügung gestellt werden müssen. Sich verringende familiäre Hilfepotentiale verschärfen dies. Eine größere Rolle werden die Alten damit als Zielgruppen von Politik spielen. Aber wir müssen uns bekanntlich immer kontrollieren, wenn wir von der Negativseite des Alters sprechen, weil sie nicht überbetont werden darf. Genauso muß man die inner- und außerfamiliären Gegenseitigkeitsbeziehungen sehen, weil ja die Alten nicht nur Hilfeempfänger, sondern auch Hilfegebende sind. Wie sich hier Bilanzen in Zukunft verschieben werden, das kann man sicher nicht so pauschal beantworten.

Die gesellschaftliche Rolle der Alten heute ist in den letzten Jahrzehnten durch materielle Verbesserungen verstärkt worden, z. B. durch ihre Rolle als Konsumenten. Mitbeeinflusst durch die Sozialpolitik, haben größere Anteile der Alten zum Teil überproportional von materiellen Verbesserungen profitiert. Es gab Niveauunterschiede jeweils bei den nachwachsenden Alterskohorten im materiellen Bereich, bessere materielle Absicherung bei Wohneigentum, Haus- und Grundstücksbesitz, langlebigen Konsumgütern usw. Trotz nach wie vor breiter Armutsschichten unter den alten Frauen. Aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Alters haben sich damit verbessert. Das betrifft auch die immaterielle Seite, Schulbildung und sich verbesserndes berufliches Ausbildungsniveau bei den nachwachsenden Alterskohorten. Dies wird sich in Zukunft noch deutlicher ausprägen.

Daß sich die materielle Besserstellung der Alten in Zukunft eher wieder etwas abschwächt, erscheint allerdings wahrscheinlich. Gesundheits- und Rentenpolitik sind hier in ihren Einflüssen zu nennen, stärker aber noch die Folgen der Arbeitslosigkeit. Nicht gering ein-

zuschätzen ist die potentielle politische Macht der Alten der Zukunft. Daß sich die gesellschaftliche Rolle der Alten auf verschiedenen Ebenen verstärken wird, erscheint offensichtlich. Fast ein Drittel der Wähler sind schon heute die Alten. Je flexibler die Alten sind, je flexibler sie wählen, desto mehr können sie Politik beeinflussen. Die Flexibilität der Alten bei den Wahlen hat offenbar zugenommen. Ich erwarte, daß das in Zukunft noch stärker wird. Die Alten werden mächtiger sein, nicht weil sie sich selbst zunehmend organisieren. Ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation wird wohl auch in Zukunft eher begrenzt sein. Die Alten werden eher, das ist meine These, als latente Altenmacht wirksam sein, als potentielle Wähler, deren Interessen die Parteien stärker berücksichtigen müssen.

Es gibt auch Anzeichen dafür, daß das Altersbild sich verändert hat. Die vorliegenden Belege zeigen, daß das Altersbild auch positiver geworden ist. Wenn es positiver geworden ist, dann ist das auch ein Reflex der veränderten Alterssituation. Alter ist nicht nur negativ akzentuiert, sondern Alter hat auch neue Möglichkeiten bekommen. Ich möchte behaupten, daß die jungen Alten, daß diese neue Altersgeneration eher profitiert hat von einer strukturell veränderten Alterssituation. Die alten Alten bleiben durch Hilfs- und Pflegebedürftigkeit eher mit dem negativen Altersbild verbunden. Insgesamt zeigt sich, daß nicht nur das Altersbild veränderbar ist, sondern auch die Variabilität des Alters größer wird.

Ilona Ostner

Wenn wir von ganz alten Menschen reden, dann sprechen wir vor allem von Frauen. Sie verbergen sich hinter dem objektivistischen Wort von der „Alterslastquote“. Von ihnen ist vor allem die Rede in den Diskussionen um „pflegewertes Leben“ und „Sterbehilfe“. Eine unfreundliche Perspektive. Wie diese Begrifflichkeit, mißfällt mir die aktuelle politische Diskussion. Folgt man z. B. Ulf Fink, dann soll der neue Generationenvertrag ein neuer Zeitvertrag sein. Er geht davon aus, daß Zeitgewinne, Zuwachs an „freier Zeit“, gleich dem Lohnzuwachs zwischen den Generationen umverteilt werden muß. „Sozialzeit“ wird abverlangt von denen, die Zeit durch Arbeitszeitverkürzung gewinnen. Sie soll den Alten gegeben werden. Völlig unterschiedliche Sachverhalte werden in solchen Vorschlägen zusammengebracht wie in einem Etikettenschwindel. Denn die, die die Zeit

am meisten brauchen, die Alten, sind überwiegend alte Frauen. Und die, die momentan kaum oder gar keine Zeit gewinnen, sind auch Frauen. Wer soll also wem die Zeit geben, wenn handanlegende Sorge bislang vor allem Frauenarbeit war? Die Altersfrage ist noch vor allem eine Frage von Frauengenerationen.

Hans Peter Tews

Nicht nur die Armut im Alter ist feminisiert oder verweiblicht. Das Alter selbst ist durch mit zunehmendem Alter jeweils höhere Frauenanteile verweiblicht. Das wird sich bis ins nächste Jahrhundert fortsetzen, obwohl sich die Geschlechterrelationen quantitativ etwas angleichen werden. Daß es so viele Frauen im Alter gibt, ist ebenfalls ein hi-



Prof. Ilona Ostner (Fulda) Soziologin, Frauenforscherin

storisches neues Phänomen. Die älteren Männer sind heute zumeist noch verheiratet, die Frauen verwitwet. Sie nehmen die Altenhilfe-Angebote an, sie sind eher Heimbewohner, eher abhängig von Hilfen durch die Altenhilfe usw. Die Verweiblichung des Alters, vor allem der Hochaltrigkeit, hat demnach deutliche Folgen für die Lebenslage der Frauen im Alter.

Jugend als „Lebensphase eigenen Rechts“

Hans Bertram

Die Jugendphase kann in meinen Augen nicht mehr als eine Zwischenphase zwischen Kindheit und Erwachsenen interpretiert werden, sondern ist in der Perspektive der Jugendlichen eine Lebens-

phase eigenen Rechts geworden, die auch eigenständig ausgestaltet wird. Man kann das an den Lebensformen von Jugendlichen eigentlich sehr schön sehen, die ja nicht notwendigerweise als Übergang in eine spätere andere Lebensform interpretiert wird, sondern die jetzt einmal als eine Lebensform in sich gesehen werden muß. Diese Veränderungen sind ganz wesentlich auf die Bildungsreform der 70er Jahre zurückzuführen.

Wir können davon ausgehen, daß es die traditionelle Form der Normalbiographie nicht mehr gibt. Das heißt, mit dem 21. Lebensjahr konnte man früher davon ausgehen, daß ein dann Erwachsener in der Regel ökonomisch selbständig in der Lage war, eine Familie zu gründen und damit sozusagen den Erwachsenenstatus in einer Gesellschaft auch voll einnahm. Diese klassische Form des Übergangs von der Jugendphase zum Erwachsenenalter gibt es für einen großen Teil der Jugendlichen heute in dieser Form einfach nicht mehr. Ich kann sagen, wenn Sie sich die Zahlen anschauen, wenn etwa vor 20 Jahren noch 60–70 % eines Altersjahrganges nach dem 14. Lebensjahr eine Lehre oder in das Erwachsenenleben eintraten und bis zum 20. Lebensjahr das fast für alle galt, bis auf eine kleine Gruppe, und wir eben heute sehen, daß mit 18, 19 Jahren noch 90 % der jeweiligen Altersgruppen in irgendeiner Weise, sei es in der Schule oder in der Ausbildung, abhängig in großem Maße ökonomisch von den Eltern ist, dann kann man an diesem kleinen Beispiel schon sehen, daß die klassische Vorstellung des Übergangs von der Jugend in das Erwachsenenalter in dieser Form einfach nicht mehr stimmt. Ich könnte Ihnen jetzt eine ganze Reihe von Indikatoren, die Sie zum Teil auch selber kennen, nennen, die einfach aufzeigen, daß dieser Übergang, den wir traditionellerweise kannten, heute in dieser Weise im Grunde genommen sich auf eine Phase von 10 Jahren ausgedehnt hat. Wenn Sie etwa empirische Untersuchungen nehmen, wann eine eigene Wohnung, eigene ökonomische Selbständigkeit plus Berufstätigkeit und Sie ökonomische Selbständigkeit etwa mit 1 500,- DM definieren, wie das in einer Untersuchung mit 4 000 Jugendlichen gemacht wurde, dann stellen Sie fest, daß erst jenseits des 26. Lebensjahres die Hälfte der befragten Jugendlichen diesen Definitionskriterien genügt.

Diese Strukturbedingungen haben sich in den letzten 20 Jahren ganz erheblich gewandelt und haben auch für junge Frauen ganz erheb-



Dr. Hans-Peter Tews (Heidelberg) Sozialforscher

liche Konsequenzen gehabt. Traditionellerweise war eigentlich das Verhalten junger Frauen so, daß sie nach dem Hauptschulabschluß oder möglicherweise auch ohne Hauptschulabschluß arbeiten gingen, um sozusagen die Aussteuer zusammenzusparen, und man kann das sehr schön zeigen, daß eben die höchsten Beschäftigungsquoten wirklich bei jungen Frauen, mit 16, 17, 18 Jahren erreicht waren. Diese ging dann nach dem 20. Lebensjahr langsam, aber deutlich nach unten, wenn nämlich geheiratet wurde und dann eben eine Familie gegründet wurde, und dann konnte man im Grunde genommen Phasen nacheinander leben.

Jetzt aber wird beispielsweise von jungen Frauen nicht nur verlangt, daß sie genau wie ihre männlichen Altersgefährten ihre Berufsausbildung und Schulausbildung abschließen, dann den Einstieg ins Berufsleben in irgendeiner Weise schaffen, sondern es wird auch gleichzeitig von ihnen erwartet, daß sie in genau dieser Lebensphase auch eine Familie gründen und Kinder bekommen. D. h., es sind beispielsweise für die Gruppe von jungen Frauen einfach neue Erwartungen, die in dieser Weise bei der älteren Generation überhaupt nicht vorhanden waren, entstanden. Ich würde sagen, ich sehe im Augenblick keine Modelle, wie man für diese jungen Frauen neue Problemlagen tatsächlich in angemessener Weise angehen kann. Ich halte das für eine politische Aufgabe.

Man kann nicht generell bei Jugendlichen von einer Einstellung zur Arbeit reden, weil auch hier wiederum die Entwicklung, und zwar die Ungleichheit der demokratischen Entwicklung, ganz unterschiedliche Lebenschancen erzeugt hat.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Wenn Sie die Generation der heute 20- bis 25jährigen nehmen, dann ist das die Generation des Baby-Booms. Das ist die Generation, die zu wenig Kindergärten, zu wenig Schulplätze, zu wenig Studienplätze, zu wenig Ausbildungsplätze hatte und jetzt sozusagen im Übergang nach der Lehre auch schlicht und einfach zu wenig Arbeitsplätze findet.

Vergleichen Sie die Arbeitslosenquote beispielsweise der 20- bis 25jährigen mit denen unter 20, dann werden Sie ganz deutliche Unterschiede sehen, weil die Quote der unter 20jährigen schon die Generation ist, wo die Zahl der Kinder langsam, aber deutlich zurück-

ging, und die Kinder, die jetzt aufwachsen, das werden wahrscheinlich die Kinder sein, die sowohl was Schulplätze, Studienplätze, wie Ausbildungsplätze angeht, hinreichende Perspektiven haben.

Wir müssen aber nicht nur diese Differenzierung treffen, wir müssen auch eine ganz deutliche regionale Differenzierung in bezug auf Arbeit machen. Nehmen Sie etwa meinertwegen die südlichen Teile der Bundesrepublik, dann finden Sie dort bei Jugendlichen Arbeitslosenquoten um 5-6 %, ich will mich jetzt nicht darauf festlegen. Wenn Sie die nördlichen Teile der Bundesrepublik, etwa Schleswig-Holstein, nehmen, dann finden Sie sehr viel höhere Prozentsätze, und auch diese sind jetzt innerhalb der einzelnen Länder nicht gleichmäßig verteilt, sondern Sie können genau bestimmte Arbeitsamt-Bezirke ausfindig machen, wo bestimmte Kumulationen hinsichtlich der Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen da sind. Die Erwartungen, die junge Menschen an Arbeit haben, werden jedenfalls in meinen Augen sehr stark von der Lebenssituation geprägt.

Dennoch, eine Tendenz ist sehr deutlich. Das ist auch, glaube ich, Folge der Bildungsreform. Soweit man solchen Untersuchungen trauen kann, scheint es so zu sein, daß Jugendliche heute sehr viel stärker sich eine Arbeit vorstellen, die ihnen subjektive Befriedigung vermittelt, d. h. in der sie subjektiv Interesse, Autonomie und Handlungsspielräume finden können. Ob das früher anders war, weiß ich nicht, weil wir keine Zeitreihen haben. Wir wissen es sozusagen nur aus den heutigen Untersuchungen. Wenn dem so ist, das wäre nun meine These, ist das sozusagen kein Hedonismus und keine Suche nach Selbstverwirklichung, sondern ist das für die Entwicklung der Industriegesellschaft außerordentlich funktional, weil schlicht und einfach in meinen Augen jedenfalls bestimmte Berufe in unserer Gesellschaft zunehmend mehr Arbeitsmotivation und Arbeitsorientierung erwarten, die genau diesen Orientierungsmustern entsprechen, die die jungen Menschen aufweisen. Während andere Arbeitsorientierungen stärker auf Pflicht, Unterordnung, Gehorsam aufbauen, möglicherweise damit nicht übereinstimmen.

Abschließend noch ein Punkt. Häufig wird gesagt, wenn man mit solchen Differenzierungen argumentiert, warum gehen dann nicht die Jugendlichen aus Bremen nach München, oder warum gehen denn nicht die jungen Mädchen aus Hof nach München, Stuttgart oder

sonstwohin, und das tun sie ja auch im großen Umfange. Man muß sich aber gerade fragen, damit komme ich abschließend auf das Thema Solidarität zurück, ob die Forderung nach Mobilität, die ja dahintersteht, tatsächlich Formen von Solidarität in einer Gesellschaft fördert, weil schlicht und einfach Mobilität natürlich bedeutet, daß man aus einem bestimmten Kontext herausgeht und andere Formen von Sozialbeziehungen entwickeln muß.



Prof. Ilona Ostner (Fulda)
Prof. Hans Bertram (München) *Direktor des Deutschen Jugendinstituts*

Erwerbsarbeit und Leistungsziel

Ilona Ostner

Die Soziologie unterscheidet zwischen männlichen und weiblichen Leistungszielen. Das männliche Leistungsziel ist bis heute, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um dann eigenständig die Existenz zu sichern. Meines Erachtens ist es für Frauen **nicht** das Leistungsziel geworden, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, damit sie ihre Existenz längerfristig eigenständig sichern. Das ist politisch bisher so nicht vorgesehen. Was man an unserem Sozialrecht (Arbeitsförderung usw.) sehen kann. Im Grunde wird die Erwerbsarbeit der jungen Frauen immer noch als etwas definiert, was schön und vielleicht notwendig ist, wenn die Ehe nicht klappt, aber nicht als ein durchgängiges konstitutives Moment des weiblichen Lebenslaufs. Ich muß betonen, in der Bundesrepublik ist die Erwerbsarbeit für Frauen, die sie vergleichbar dem Mann individualisiert, immer noch nicht Normalität. Was wir statt dessen haben, ist die Nichtnormalität der Erwerbsarbeit als Normalität, und darunter leiden junge Frauen.

Für die Frauen ist die Integration in den Heiratsmarkt immer noch mindestens so wichtig wie die Integration in den Arbeitsmarkt. Das wird deutlich in dem Moment, wo Frauen erwerbslos werden. Immer noch wird Teilhabe in unserer Gesellschaft wesentlich über Erwerbsarbeit vermittelt. Wenn es Frauen nicht gelingt, in diese Erwerbsarbeit vergleichbar dem Mann integriert zu werden, dann mag die Teilhabe über den Mann, der Normalarbeiter ist, gelingen.

Ich denke, wenn wir alle Modelle diskutieren, dürfen wir nicht vergessen, daß, wenn die knapper werdende Normalarbeit um so begehrter wird und daß wir dann immer noch eine Erwerbsgesellschaft haben. Ich arbeite mit Sozialhilfeempfängerinnen, mit erwerbslosen Frauen. Angesichts der Schwierigkeit, vor allem für Frauen in der sogenannten Wiedereingliederungsphase, in den Beruf (zurück) zu kommen, ist gerade für alleinstehende Frauen die Überlegung, wie finde ich den richtigen Mann, über den ich die Teilhabe finde, immer noch eine sehr zentrale Frage.

Es ist wichtig zu betonen, daß wir die Nichtnormalität weiblicher eigenständiger Existenzsicherung nach wie vor haben. Im SPD-Entwurf wird der Begriff „Normalität“ mißbräuchlich oder nicht genau verwendet. Normalität bedeutet zweierlei, nämlich „Regel“ und „Regel-

mäßigkeit", einmal „Norm“, wie etwas sein soll, und dann wie etwas wirklich ist. Fakt ist, daß die meisten Frauen heutzutage irgendwie erwerbstätig sein müssen, ob sie wollen oder nicht. Insofern gehen die normativen Konzepte vom Ausstieg für Frauen, daß sie sich einige Jahre den Kindern widmen können sollen, an empirischen Fakten vorbei.

Falls es Ziel von SPD-Politik ist, die eigenständige Existenzsicherung von Frauen endlich voranzubringen, dann muß sie der von mir angesprochenen „Nicht-Normalität weiblicher Erwerbsarbeit“ und ihren Folgen für Frauen endlich systematisch Rechnung tragen. Diese Strategie hätte vor allem die Spaltungen unter den Frauen zu berücksichtigen, die aus der unzureichenden Integrationsmöglichkeit in den Arbeitsmarkt und dem Widerspruch zwischen Gleichheits-/Teilhaberversprechen an Frauen und faktisch beschränkten Verwirklichungschancen resultieren. Frauen sind mehrheitlich nicht gleich den Männern in den Arbeitsmarkt integriert bzw. sozial abgesichert; Frauen unterscheiden sich darüber hinaus untereinander mehr und anders als Männer im Ausmaß ihrer Integration, im Grad ihrer eigenständigen Sicherung, überhaupt in Lebenswegen und -entwürfen, ohne daß es damit zugleich gerechtfertigt wäre, vom „Ende einer weiblichen Normalbiographie“ zu sprechen. Die stellt sich durch diese Vielfalt hindurch – häufig sozusagen hinterrücks – doch wieder her. Es gibt Frauen, die erwerbstätig sein müssen, weil es nicht anders geht, und solche, die es sich – auf dem Hintergrund kontinuierlicher Unterhaltssicherung durch einen Ehemann – (noch?) leisten können, nicht oder nicht vollerwerbstätig zu sein. Zwang zur oder freie Entscheidung für Erwerbsarbeit ist im Frauenleben phasen- und milieuspezifisch unterschiedlich verteilt. Soweit ich das überblicke, gibt es in der Bundesrepublik fast ausschließlich Politiker, die letztlich Frauen gegen Frauen ausspielen, junge gegen alte, Ledige gegen Verheiratete, Mütter gegen Kinderlose, – die aber nicht von der Gruppe männlicher Erwerbstätiger zur benachteiligten Gruppe erwerbstätiger Frauen hin systematisch umverteilt. Gefragt wäre eine wenigstens „doppelte“ Strategie – „das eine tun und das andere nicht lassen“ –, die, wenn überhaupt etwas, dann Optionalität in universalistischer Perspektive für Frauen festschreibt. Andernfalls werden verschiedene Kategorien von Frauen, auch Frauengenerationen gegeneinander ausgespielt, was eine Solidarität, wie sie Hilfe z. B. im Alter braucht, erschwert.

Hans Peter Tews

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen im mittleren Lebensalter wird sicher in Zukunft steigen. Anhaltspunkte dafür bieten die höheren Erwerbstätigkeitsquoten in anderen Ländern. Der Wunsch nach Berufstätigkeit wird höher sein als die arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten hierzu. Sicher wird für die Frauen auch die Notwendigkeit steigen, sich eine eigene Altersversorgung aufzubauen. Heute ist das Alter weitgehend entberuflicht. Das ist als säkularer Trend zu interpretieren. Und das Ziel, die Lebensarbeitszeit wieder zu erhöhen, wird offenbar zunehmend nur noch rentenpolitisch begründet. Das heute von der Mehrheit gewünschte Berufsaufgabebalter liegt zwischen 55 und 60 Jahren, somit unter dem schon niedrigen tatsächlichen. Die bisherigen Prognosen über den wieder wachsenden Arbeitskräftebedarf sind inzwischen weitgehend zurückgenommen worden, zumindest bezogen auf die nächsten 10 bis 15 Jahre. Und auch in Zukunft dürfte der Weg aus längerfristiger Arbeitslosigkeit in die Rente häufig anzutreffen sein, und es erscheint doch auch unwahrscheinlich, daß Betriebe angesichts ihrer auf Verjüngung zielenden Nachwuchspolitik gerade die Älteren in Zukunft wieder verstärkt benötigen werden. Dies ist sicher eine der Kernfragen für die Alterssituation der Zukunft. Heißt das nicht, daß der Trend zur Entberuflichung schon des frühen Alters auch in Zukunft nicht zu brechen sein wird?

Plenumsbeiträge

Solidarität zwischen den Generationen

Gutlin Braun (Freudenstadt)

Ich möchte eine Frage an Frau Ostner stellen: Wie kommt es, daß sich auch die politisch aktiven Frauen nicht für die Lage der älteren Frauen interessieren? Ich habe einige Male bei jungen Frauen, bei politisch aktiven jungen Frauen, über die Lage älterer Frauen gesprochen und habe dabei den Eindruck gewonnen, daß es sie nicht interessiert. Wie kann man das ändern, und woher kommt es, daß z. B., verglichen mit anderen Ländern in Europa und Amerika, ältere Frauen sich eigentlich nicht auch zu aktiven Gruppen, in denen sie ihre Interessen artikulieren und durchsetzen, zusammenschließen?

Ilona Ostmer

Erst im Alter von vielleicht 30 bis 35 Jahren fangen Frauen möglicherweise an, sich Gedanken über das eigene Alter zu machen und dann vielleicht zu fragen: „Wie war das eigentlich bei meiner Mutter?“ Immer mehr Menschen sind gezwungen, losgelöst von Vormüttern und Vorväterwissen, sozusagen auf die eigenen Füße gestellt, ihr Leben selbst zu wählen, zu entwerfen, Entscheidungen zu treffen und zugleich zu wissen, daß diese Entscheidung in zwei Jahren schon wieder neu gefällt werden muß. Wenn man so ein Leben zu führen hat, dann ist das Altern natürlich sehr weit gerückt. Das wäre eine mögliche Antwort.

Eine andere Antwort darauf könnte den Inhalten der Diskussion in der Frauenforschung über das Verhältnis von Müttern und Töchtern entnommen werden. Je enger die Kleinfamilie ist, und je emotionaler sie war, je mehr Delegation unerfüllter Wünsche auf die Töchter stattgefunden hat, um so konfliktträchtiger ist auch das Verhältnis Mutter – Tochter. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir nicht wirklich erst einmal eine Familienöffnung, eine Haushaltsöffnung, eine Flexibilisierung brauchen, damit sich Töchter wieder ihren Müttern und Großmüttern entspannter und bereitwilliger zuwenden können. Es ist für den Sohn erlaubt, den Vater in seinem eigenen Lebensentwurf zu überschreiten, es besser zu machen als der Vater. Es ist für die Tochter immer noch nicht erlaubt, die Mutter zu „überwinden“. Aber das tun die heutigen jungen Frauen. Sie überwinden sie zwar nicht, aber sie machen es anders. Dieses Andersmachen ruft bei der Tochter Schuldgefühle der Mutter gegenüber hervor und bei der Mutter Gefühle vom versäumten Leben. Soziale Teilhabe für Frauen ist nicht einfach Teilhabe am Einkommen, sondern ist Teilhabe an einem komplexen Leben, was vor allem in der Öffentlichkeit von Markt und Politik stattfindet. Solange Teilhabe für Frauen – im Vergleich zum Mann – eingeschränkt ist, solange sich Entscheidungen im Frauenleben immer wieder als Fallen und Sackgassen erweisen, können Frauen möglicherweise gar nicht anders, als immer auch mißtrauisch, wenn nicht sogar mißgünstig auf das Leben der anderen – gleichaltrigen, jüngeren oder älteren Frauen zu blicken. In dem Maße, wie Lebenswege vielfältiger im Sinn von undurchschaubarer, aber auch widersprüchlicher werden, müssen Politiken den Frauen wirkliche Teilhabe eröffnen, damit die schwindenden traditionsgebundenen Frauensoli-

daritäten, die ja auch immer „zwangsförmige“ waren, durch neue, freie Formen ersetzt werden können.

Eine Zwischenfrage an Herrn Bertram:

In dem Vortrag von Prof. Rosenmayr ist die These aufgestellt worden, daß die Tür von den Jugendlichen her, also von den Jungen zu den Alten, noch nie so weit auf war wie zur Zeit. Wie schätzen Sie das ein als Jugendforscher?

Hans Bertram

Warum man das Thema Junge und Alte zusammen diskutieren muß. Wie das ja auch hier versucht wird. Ich glaube, das sind die beiden Gruppen in unserer Gesellschaft, und jetzt will ich bei Jugend auch die Kinder hinzunehmen, die im Grunde genommen an der Form der gesellschaftlichen Teilhabe, die sozusagen am gängigen Modell, nämlich Beruf, nicht (mehr) teilhaben. Aus welchen Gründen auch immer. D. h., sie sind sozusagen in einer ganz bestimmten Situation eines Mangels definiert. Wenn Sie Jugendphase definieren, meinetwegen von 15 – 18, dann spielt das keine Rolle. Aber wenn eine Phase immer länger wird, das gilt für die Altersphase, ob man sozusagen diese Mangeldefinition auf Dauer aufrechterhalten kann oder ob man nicht die Eigenständigkeit der jeweiligen Lebensphasen und auch die Eigenwertigkeit der jeweiligen Lebensphasen stärker betonen muß. Da muß ich sagen, wenn ich das in dem Parteiprogramm auf Seite 17 lese, dann finde ich da nichts zur Eigenwertigkeit und Eigenständigkeit der Lebensphase. Sondern ich finde sehr stark, daß die Generation der Eltern, d. h. die Erwachsenen, die jetzt berufstätig sind, sowohl die Kinder erziehen sollen, sowohl berufstätig sein, die Versorgung für die Kinder und die Versorgung für die alten Menschen übernehmen sollen. Und die alten Menschen sollen sich sozusagen erholen, und die jungen Menschen sollen sich sozusagen auf diese Phase vorbereiten, und ich frage mich, ob dieses Modell der Biographie, was dahinter auch scheint, wirklich ein Modell ist, das für die nächsten 20 oder 30 Jahre ein sinnvolles Modell ist. Es ist sicherlich zu überlegen, ob es nicht Modelle gibt, die Phasen kennen. Die auch die Möglichkeit kennen, daß man sozusagen in der Mitte seines Lebens ruhig seinen Beruf aufgibt, aber was ganz Neues nun anfängt. Ob man nicht eher darüber nachdenken muß, wie kann ich ei-

gentlich 80 Jahre eines Lebens sinnvoll so planen – wie Frau Ostner klar gesagt hat –, daß die ja immer wieder individuell zu bestimmende Entscheidung in der Einzelsituation auch sinnvoll auf einen bestimmten Zukunftsbezug hin entschieden werden kann.

Ludger Veelken (Dortmund)

Mich hat etwas erschrocken, daß in dem Programm wirklich so explizit stehen soll: Alter ist Erholung. Wir haben gerade eine Untersuchung, die das Wissenschaftsministerium finanziert hat, durchgeführt mit Schichtarbeitern und deren Frauen, die jetzt freigesetzt sind, sowohl in Stahlbetrieben wie auch im Bergbau. Nach einer gewissen Zeit der Pause suchen 68 % neue Beschäftigung, neue Tätigkeiten. Die Untätigkeit und die reine Erholung sehe ich auch nicht im Bereich der zitierten Altenheime und Pflegeheime.

Prof. Rosenmayr:

Man soll weder die Jugend noch das Alter als defizitäre Phasen ansehen, also Jugend nicht nur als Potential, das ausgebildet werden soll, und Alter nicht nur als eine soziale Gruppe, die gestützt werden muß. Jugend und Alter müssen als eigenständige Lebensphase aufgefaßt werden und, wie Tewes hervorhob, nicht nur eigenständig, sondern auch als jeweils in sich differenziert.

In jeder der beiden großen gesellschaftlichen Gruppen, Jugend wie Alter, gibt es spezifische Freiheitsräume. Für Solidarisierung heute und morgen wird das Ansprechen dieser altersspezifischen Freiheitspielräume und Aktivitätspotentiale wichtig sein.

Solidarisierung und Solidarität werden im Unterschied zum klassischen, monolithischen Konzept der Solidarität, z. B. der Solidarität einer sozialökonomischen Klasse, heute und in Hinkunft stärker sozialpsychologisch aufgefaßt werden müssen, als Zusammenwirken, das durch die Individualisierung hindurchgeht. Die uns auferlegten und von uns produzierten Singularisierungen nicht einfach auflöst, sondern diese müßten eher eingeschlossen werden. Das neue Solidaritätskonzept wird Freiheitspielräume und die neuen Chancen zur Individualisierung und die Kristallisierungen von Singularisierung einschließen müssen. Natürlich besteht die Gefahr, daß die gesell-

schaftliche Anerkennung und Institutionalisierung des Alleinlebens und Alleinhandelns, was ich Singularisierung nenne, solidaritätshemmend wirkt.

Hoffnungen auf eine neue Alten-Kultur?

Rudi Peter, Saarbrücken

Wir stellen ja überall fest, daß sich die Alten in einer Aufbruchstimmung befinden. Wir stellen fest, daß sie aufässiger werden. Stimmt es, daß das Konfliktpotential der Alten dramatisch zunimmt? Was ich positiv sehe. Ich glaube, daß sich die Solidaritätsfrage, die sich daraus entwickelt, nicht mehr klassenspezifisch lösen lassen kann, sondern mehr in kleinen Gruppen, die klassengelöst sind und sozialpsychologisch determiniert, jedenfalls so beeinflußt sind.

Zweite Frage: Wenn das Lebensalter sich verlängert aus der demographischen Entwicklung heraus, trifft es dann zu, daß die sozialen Nachteile, die vor Beginn des Alters sich entwickelt haben, sich bestätigen? Ergibt sich daraus nicht für die Sozialpolitik eine ganz wichtige Aufgabe, auch für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften?

Dritte Frage: Wenn die demographische Entwicklung so läuft, wie wir das alle einschätzen, erhöhen sich dann die Chancen, daß die gesellschaftlichen Leitbilder sich verändern, daß die auf die Jugend fixierten Leitbilder verblasen, oder ist das eine Chimäre?

Vierte Frage: Trifft es zu, daß die Eigenständigkeit des Alters sich verbessert, daß wir überhaupt in Phasen eintreten, in denen die Eigenständigkeit sozial in ganz anderer Weise gelebt werden kann als bisher, da neue Formen von Altenkultur sich entwickeln? Herr Rosenmayr, ist es wirklich so, wie ich in einer Ihrer Schriften lese, daß sich diese Kultur nur auf eine kritische Reflexion der Dynamisierung unserer Gesellschaft beziehen könnte, oder müssen wir es nicht auch positiver sehen?

Können wir nicht erwarten, daß die Alten, auch was die Ökologiefrage angeht und darüber hinaus, auch in Richtung einer zukünftigen Sicht der Dinge, nicht nur auf eine kritische Reflexion der Gesellschaft sich beziehen? Und welchen gesellschaftlichen Stellenwert würden Sie dieser Alten-Kultur heute zumessen?

Prof. Rosenmayr:

Ich möchte bei Ihrer letzten Frage beginnen: Es gibt Hoffnungen auf eine Altenkultur, aber die Wirklichkeit weist sie erst in Ansätzen aus. Wenn ich die Fortbildung im mittleren Alter anspreche, oder das Seniorenstudium als eine Lösung für sehr kleine Minderheiten vor mir sehe und die großen Gruppen von Älteren, die den Chancen ihrer eigenen kulturellen oder bildungsmäßigen Aktivitäten gegenüber sehr zurückhaltend sind und eher als Konsumenten von Großreisen, als Buspublikum und Charter-Flug-Publikum in Frage kommen, denn als Kerne von Kreativität, wie wir sie zum Teil in Minoritäten erleben, dann muß ich hinsichtlich einer gesellschaftsgestaltenden Alten-Kultur in der gesellschaftlichen Realität zur Zeit noch sehr zurückhaltend sein. Wenn man also die kleinen Beispielgruppen auf der einen Seite und die soziologisch faßbaren Großgruppen auf der anderen sieht, die sehr stark vom Konsumismus oder von dem Wunsch, „in Ruhe gelassen zu werden“, erfüllt werden, Generationen, die Krieg, Aufbau-phase usw. erlebt haben, so fällt es einem schwer, schon Änderungen der gesellschaftlichen Kultur durch Ältere anzunehmen.

Ich glaube aber, daß die kleinen Minoritäten, die bestimmte Elemente der Kultur verkörpern, außerordentlich wichtig sind. Dabei handelt es sich nicht nur um Beispiele wie jenes, welches der japanische Mann gab, der mit 100 Jahren den Fuji bestieg, oder um die alten Ärzte, die, nachdem sie eine Berufslaufbahn abgeschlossen hatten, als „Pensionisten“ in Afrika an Projekten mitarbeiteten und Kranke betreuten. Das sind alles wichtige Zeichen und Entwicklungen, aber sie sind noch nicht Ausdruck einer Umgestaltung der Kultur. Daraus entstehen noch nicht allgemeine Lebensweisen und ein gesellschaftliches Gedächtnis, welches diese Lebensweisen weiterträgt.

Die älteren Generationen haben eine große Chance, zur Kultur, zu einem „neuen gesellschaftlichen Gedächtnis“ beizutragen. Ich vermute, daß wir in wenigen Jahrzehnten tatsächlich eine Veränderung der Kultur durch eine veränderte Teilnahme der Älteren am gesellschaftlichen Leben und durch Erhöhung ihrer Anerkennung erleben werden. Wir werden das dann den Aktiveren, bildungsinteressierten und kommunikationsfähigeren Gruppen zuschreiben haben, den **sprachfähigen Alten**.

Ich vermute auch, daß sich die Vorbilder hinsichtlich Körper und Schönheit verändern werden. Einerseits werden die Menschen in den kommenden Jahrzehnten in ein stärkeres Anerkennungsverhältnis zu ihrem Körper in dem Sinn treten, daß der Körper im Alter viel mehr als bloß ein medizinisches oder kosmetisches Problem sein wird.

Hinsichtlich des Schönheitsideals werden in Zukunft die alternden Menschen vermutlich mehr auf sich achten und dadurch länger schön bleiben und sich dadurch auch besser akzeptieren und lieber haben werden.

In meinem vor einigen Monaten erschienenen Buch „Älterwerden als Erlebnis“ habe ich das Verhältnis des Menschen zu sich selbst und damit auch zum Körper als eine besondere Entwicklungsaufgabe für den älteren Menschen dargestellt. Natürlich setzt das auch Änderungen der gesellschaftlichen Einstellungen und der Institutionen gegenüber den Älteren voraus. Man wird z. B. gegenüber der Alterssexualität toleranter und verständnisvoll werden müssen. Auch wird der nackte ältere Körper vermutlich etwas sein, womit sich Künstler stärker beschäftigen werden. Warum soll es nicht auch Aktphotographien von alten Frauen und Männern geben?

Neue Gesellungsformen – neue Solidarität?

Ilona Ostmer

Zunächst möchte ich festhalten, daß – was eher verwundern sollte – die Solidarität vor allem zwischen Frauen unterschiedlicher Generationen immer noch wirklich funktioniert. Wie ist aber nun die Frage nach konkreter Politik zu beantworten? Man könnte sich Modelle des allmählichen, stufenweisen Ausstiegs aus der Erwerbsarbeit überlegen. Dies geschieht gerade in einigen Kommissionen und Forschungsschwerpunkten. Daß man zunächst nur noch einen Dreiviertel-, dann einen halben, schließlich einen Viertel-Tag erwerbstätig ist und entsprechend Rente erhält. Ein überlegenswertes Modell. Wiederum erscheint es mir unabdingbar, daß solche Möglichkeiten Optionen bleiben, also den Menschen nicht aufgezwungen werden. M. E. ist vor allem eine grundsätzliche Neuorientierung von Familienpolitik, ihrer Prämissen und Wertannahmen notwendig – ein heikles Thema. In den Sozialwissenschaften wird zunehmend die Erkenntnis

diskutiert, daß Solidarität nicht länger nur als Familiensolidarität – die ohnehin immer sehr prekär war – gedacht werden kann. Was „Solidarität“ betrifft, konzeptionell wie empirisch, haben wir zu wenig Phantasie. Da gab es einmal so etwas wie „Klassensolidarität“, von der man sagt, sie sei mit den Klassen verschwunden, und heute in den öffentlichen Diskursen nur und vor allem die „Familiensolidarität“. Die Gesellschaft der Zukunft wird „Solidarität“ anders begreifen und garantieren. Ich setze hier auf den – meist kulturpessimistisch begriffenen – Individualisierungsprozeß, der dazu führt, daß sich Haushalte öffnen, wieder dynamischer werden, also immer wieder neu zusammensetzen, und so das Zusammenleben und – wie immer auch kurzfristiger – Sorgen für immer wieder neue, fremde Personen, die nicht mehr unbedingt blutsverwandt und von der gleichen Nationalität sind, mit sich bringen wird. Wir übersehen allzu rasch, daß wir seit 100 Jahren eine Sozialpolitik der Familie haben, die Vatermutterkind eng zusammenschweißt, aber nicht unbedingt, wenn überhaupt, Generationen. Solidarisch war diese Familie nach innen. Gewalt in der Ehe, Inzest, zeigen, daß nicht einmal die Annahme einer Binnensolidarität ungeprüft stehen bleiben kann. Veränderung in der Familie und der Familie bedeuten auch eine Chance, Individualisierung bedeutet Druck hin zu neuen Gesellungsformen, die nicht mehr notwendig familiäre sind. Solche Formen kann man staatlich und marktlich anreizen.

Was heißt hier Solidarität? Generationen im sozialdemokratischen Grundsatzprogramm

Ilse Brusis: Einleitende Thesen

Was heißt hier Solidarität?

Manche Konservative und Liberale erklären es schlicht zur Dummheit, solidarisch zu sein. Wer unbegründet und freiwillig nur aus Solidarität auf etwas verzichtet, der, so meinen sie, hat es nicht besser verdient. Für Sozialdemokraten ist Solidarität Kultur zum humanen Zusammenleben im Alltag und auf internationaler Ebene. Solidarität ist lebensnotwendige Klugheit.

Was heißt hier Solidarität?

Organisationen zur Solidarität sind das stärkste, was die Schwachen haben. Aus kollektiver Klugheit wissen sie, daß sie zusammen die Gesellschaft reformieren, Gegenmacht bilden und gesellschaftlich mächtig werden können. So wurde und wird in alten und neuen sozialen Bewegungen Fortschritt erkämpft. Solidarität ermöglicht kollektive Macht bei Individualität.

Was heißt hier Solidarität?

Solidarität ist in keiner Konservenbüchse haltbar zu machen. Sie muß neu gefunden werden. Die Welt ist vielfältiger, vielschichtiger und damit individueller geworden. Nicht zuletzt durch sozialdemokratische Erfolge bei der Bildungsexpansion ist soziale Herkunft weniger Schicksal als je zuvor. Individuelle Entfaltung für alle aber findet vor einem kollektiven Sicherungssystem statt.

Was heißt hier Solidarität?

Die Partei der Solidarität, die SPD, stellt sich dieser Herausforderung. Organisationen der Arbeiterbewegung dürfen die Zukunft

nicht durch ein „weiter so“ erfassen. Sie haben zu viel von einer geschlossenen Gesellschaft an sich. Neue Ansätze wurden vor die Tür gewiesen, anstatt sie als Einladung zur Diskussion und zur Veränderung zu verstehen. Sie unterfordern ihre Mitglieder, selbst handeln, selbst beeinflussen, tritt immer noch stark zurück. Sie quälen sich sehr damit ab, Individualität als Basis eines Projektes für eine solidarische Gesellschaft zu formulieren. Schließlich auch sozialstaatliche Politik darf nicht Junge und Alte in einen Betreuungszoo einsperren wollen. Die SPD ist immer in Gefahr, Zukunft nur als Verlängerung der Gegenwart zu begreifen. Solidarität braucht also neue Schubkraft.

Was heißt hier Solidarität?

Auffächerung von Lebensformen, Selbständiges Lernen für Jugendliche, Experimentierfreude und Individualität sind prägende Bestandteile einer eigenständigen Jugendphase, deren Rahmenbedingungen wir Sozialdemokraten in Teilen verwirklicht haben. Die Konservativen bekämpfen sie heute noch. Jugendarbeitslosigkeit, das legendäre Lehrstellenversprechen, Streichung des Schüler-BAFöG, die katastrophale Hochschulüberfüllung und Diffamierung gesellschaftlicher Kritik, das sind nur einige Stichworte konservativer Jugendpolitik. Ein aktuelles Beispiel ist die Aushöhlung des Arbeitsförderungsgesetzes durch Herrn Blüm, die im Dezember beschlossen werden soll. Zwar hat sich der zuständige Bundestagsausschuß jetzt darauf verständigt, die Neuregelung der Anspruchszeiten für Arbeitslosengeld, die beabsichtigt war, doch nicht in der vorgesehenen Form zu verwirklichen. Aber andere, mit dieser Novellierung beabsichtigte Benachteiligungen, finanzielle Benachteiligungen, gerade auch Jugendlicher, bleiben auf dem Tisch. Das Zurück in die Familien wird zur ökonomischen Gewalt. Gleichzeitig wird augenzwinkernd so getan, als wollten die betroffenen Jugendlichen nicht arbeiten. Da wird von Arbeitsverpflichtung in Kreisen der CDU gesprochen. Wir sagen nein zur Aufkündigung der Solidarität mit der Jugend.

Was heißt hier Solidarität?

Die Konservativen fürchten die Überwertigkeit der Jugend aus Angst vor entstehendem Veränderungswillen. Wir sehen in ihm im Gegenteil die Chance zu einer Zukunftswerkstatt mit wichtigen Innovationen

für unser Leben. Innovation im Umgang zwischen Männern und Frauen, bei der Ökologisierung von Produktion und Konsum, bei der Friedenssicherung ohne Waffenarsenale. Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenständigkeit können zu einer Erneuerung der Solidarität in der Gesellschaft beitragen.

Was heißt hier Solidarität?

Früher hieß es, und heute gilt es in veränderter Form, wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Auch wenn in Zukunft weniger Junge in einer älter werdenden Gesellschaft sein werden, bedarf es der strategischen Solidarität in die Zukunft mit den Zukünftigen. Globale ökolo-



Hse Bruzis, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Programmkommission, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands

gische Gefahren, gesellschaftliche Brüche und auch Brüche bei Arbeit und Freizeit, sind für zukünftiges Leben der Jugend entscheidender. Jugendliche bilden die Gesellschaft für neue Berufe ebenso wie die Generation der ausgegrenzten Arbeitslosen. Die erste Generation derer, die trotz Ozonloch, Waldsterben und Tschernobyl in einem anderen, neuen Fortschritt leben will. Die Kinder der Schülerinnen und Schüler von heute, die vielleicht um die Jahrhundertwende geboren werden, werden in 100 Jahren noch leben und werden fragen, ob wir die Solidarität in die Zukunft als unsere Verantwortung akzeptiert haben.

Was heißt hier Solidarität?

Die Schattenseite der Welt, des entfesselten Individuums mit entfesseltem Konsum, ist die Einsamkeit. Stiller Zwang zum Individualismus ist auch ökonomischer, sozialer und kultureller Druck zur Vereinzelung. Die Zuwendung zu kleinen Räumen ist eine Gegenreaktion darauf. Auch das Harmoniebedürfnis gerade der Jugend als Abkehr von der medialen Machtkommunikation. Vielfalt und die Sehnsucht einer ganzen Gesellschaft, nach dem letzten Stand jung sein, entzieht jugendlichem Nonkonformismus immer schneller die Basis. Wir versuchen, auch in der Programm-Diskussion erste Antworten zu suchen, die eine Wiederaneignung großer Entwürfe und Utopien ermöglichen. Globales Denken und lokales Handeln gehören dazu. Gemeinsame Ziele sind etwas anderes als zentralistische Schemata, die an Wirksamkeit wegen zu großer Starrheit verloren haben. Aber gemeinsame Ziele sind mehr als die Suche nach Inseln und Nischen im Windschatten. Die solidarische Gesellschaft wird lebendiger, gerechter und vielfältiger für alle sein als die heilige und nicht unformer.

Was heißt hier Solidarität?

Die Konservativen der USA wollen uns glauben machen, soziale Sicherungssysteme seien ungerechtfertigte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums von den Jungen zu den Alten. Zu einer solidarischen Gesellschaft gehört für die SPD der Schutz vor Not und Hilfe bei Krankheit ebenso wie ein moderner Generationsvertrag, der ein feudales Erb- und Versorgungsrecht endgültig abgelöst hat. Die CDU Gesundheitspolitik ist deshalb Aufkündigung der Solidarität zwi-

schen den Generationen. Nicht nur weil der Solidarbeitrag der Pharma-Industrie von zwei Milliarden auf Null reduziert wurde, sondern auch, weil Not individualisiert wird. Wenn alte Leute heute Briefe an die SPD schreiben mit dem Schlusssatz: Was bleibt einem denn noch anderes als zu sterben, dann zeigt das, wie bedroht Solidarität in einer der reichsten Gesellschaften der Welt ist.

Was heißt hier Solidarität?

Wir sind so frei, als Alte und Junge unser Leben zu leben. Freiheit von Sorge ist nötig und ist etwas anderes, als sich freizeichnen von Verantwortung. Freiheit von Sorge ermöglicht Freiwilligkeit. Freiwilligkeit ist die Gesinnung der Solidarität auch über den Lebenskampf hinaus. Sie greift innerhalb der Generationen und zwischen den Generationen. Statt Gettos für Junge, Mittlere und Alte wird in der solidarischen Gesellschaft Gemeinsames stärker sein. Diese Zukunft hat begonnen in der Kulturpolitik, in der Stadtplanung und der Bildungspolitik. Zaghaft, weil wir selbst Suchende sind. Zaghaft, weil sie gegen Widerstände durchgesetzt werden muß. Sie auszubauen, ist wichtig für die Wirklichkeit von morgen. So kann die ganze Bevölkerung sich in einer Gesellschaft wiederfinden, weil sie solidarisch ist und nicht nur zwei Drittel oder irgendein anderer Bruchteil.

Das heißt hier Solidarität

Nur zusammen können wir die gesellschaftliche Macht gewinnen, um die Weichen für ein besseres Leben, für ökologisches und friedliches Überleben zu stellen. Das Zusammen muß die neue Vielfalt auch zwischen Jung und Alt umfassen. Unser Angebot geht insbesondere an die, die resigniert sind oder keine Chance sehen, die gegenwärtig aber eher mehr statt weniger werden.

Das heißt in Zukunft Solidarität. Die solidarische Gesellschaft, für die wir stehen, wird mehr und selbstverständlichere Solidarität kennen. Nicht in der Welt des Kampfes jeder gegen jede, sondern in der Solidarität werden sich die Menschen verwirklichen.

Fragen und Antworten an das neue SPD-Programm.

Diskussion mit Sybille Nonninger, Elfriede Eilers, Monika Simmel-Joachim, Ilse Brusic, Rose Götte.

Gemeinsame Aufgaben sehen

Elfriede Eilers

Wir sprechen viel über Fortschritt und Solidarität, aber wir leben in einer Gesellschaft, die sich immer stärker individuell in einzelne kleine Schicksale und Gruppen aufschlüsselt. Ich denke an die Kleinfamilie. Ich denke an die Einzelhaushalte. Über 50 % der Alleinhaushalte oder Einpersonenhaushalte sind von Frauen mit über 60 Jahren besetzt. Ich denke daran, daß Leistungsdruck heute schon im Kleinkindalter ansetzt. Das alles entsolidarisiert.

Wenn ich jetzt von Solidarität spreche, dann ist es für mich nicht ein Forderungskatalog für Kinder, für Familien, für Jugendliche, für Frauen und für Ältere, sondern es ist für mich ein Pakt auf Gegenseitigkeit. Das sehen wir in der neueren Seniorenarbeit als unsere Grundlage an. Nicht in eine Schachtel der Älteren gepackt zu werden und bei Gelegenheit herausgeholt zu werden, sondern in dieser Gesellschaft mitzubestimmen und unsere gemeinsamen Aufgaben zu sehen.

Ich sehe viele Gemeinsamkeiten zwischen der alten und der jungen Generation. Ich gehe von dem aus, was Alte erlebt haben, und daß sie heute das Schicksal ihrer Enkelkinder sehen, mit denen sie sich solidarisieren und ihnen vielleicht auch Mut machen können.

Ich denke an die Friedensbewegung. Dieselben Alten, die heute zum Teil mitmarschieren oder sich solidarisieren, das sind die, die in der Weimarer Jugendbewegung selbst gesungen haben: Nie, nie wollen wir Waffen tragen. Die den ersten schrecklichen Krieg erlebt haben. Das sind dieselben, die Arbeitslosigkeit als junge Menschen erlebt haben oder in ihren Familien erlebt haben und daher heute den Enkeln, denn die Söhne drückt es ja nicht so sehr, den Mut zu machen. Wenn ich an die Frage der Ökologie denke, des Umweltschutzes.

Dann sind es dieselben Alten, die Naturerlebnisse in ihrer Jugendbewegungszeit erlebt haben und diese Dinge mit ihren Enkeln zum Teil wieder aufarbeiten.

Hier sind zwei Generationen, die vieles gemeinsam haben. Aber ich sehe auch die Solidarität, die diese älter Gewordenen mit der mittleren Generation haben müssen. Und jetzt gebrauche ich das Wort Last in einem anderen Sinne. Es ist nicht nur der Kampf um den Arbeitsplatz, es sind die Beiträge, die sie im Krankenversicherungswesen, im Gesundheits- und Rentenversicherungswesen belasten. Wir haben einmal scherzweise in der Seniorenarbeit gesagt, diese Sandwich-Generation, die zwischen den Jungen, die lange Ausbildungszeiten haben und den Alten, die ein längeres Altersleben ha-



Elfriede Eilers, Seniorenbeauftragte des SPD-Parteivorstands

ben, nur in 35 Jahren ihres Arbeitslebens das erwirtschaften müssen, was diesen Staat und diese Kultur weiterbringen soll. Ich glaube, wenn wir da nicht gegenseitig um Verständnis werben für diese mittlere Generation, die einen Auftrag in dieser Gesellschaft hat, an dem sie auch die Lust verlieren kann, dann ist diese Gesellschaft nicht solidarisch.

„Wir wollen alles für Mädchen“

Sybille Nonninger

Wir haben ein Plakat, einen Slogan für unsere Arbeit. Der lautet: „Wir wollen alles für Mädchen.“ – Nicht einen Teil, sondern alles! In diesem Falle spreche ich auch für die Mädchen, mit Blick auf die entsprechenden Kapitel in dem Entwurf.

Ich kann sagen, sie wollen sicherlich nicht mehr die Verlängerung jener Ungerechtigkeit, die in der Verteilung, der geschlechtsspezifischen Verteilung der Arbeit liegt. Sie wollen vielmehr eigenständige ökonomische Sicherung, sie wollen Teilhabe am Arbeitsmarkt, sie wollen auch Partnerschaft, und sie wollen auch Kinder.

Sie wollen aber all dies nicht um den hohen Preis der psychischen Kosten, mit dem die Kombination desselben im Augenblick vor allem für die Frauen verbunden ist. Denn im Augenblick, sei es, daß man sich irgendwie arrangiert mit der ganz klassischen Variante . . . Man muß sich ja nichts vormachen: der Idealtypus der Menschen am Arbeitsmarkt ist eben der des kinderlosen, ungebundenen, absolut flexiblen, absolut mobilen. Alle derzeitigen Arrangements haben ihren Preis. Viele Mädchen wollen diesen Preis nicht zahlen. Sie verlangen gesellschaftspolitische Umorientierungen, die nicht nur Korrekturen hier und da sind, Besserungen dessen, was traditionell und überkommen ist, sondern einen grundlegenden Check und eine grundlegende Überarbeitung der institutionellen Voraussetzungen.

Zu einem anderen Aspekt: Solidarität hat auch zur Voraussetzung gelingende individuelle Entwicklung, gelingende Entfaltung von Individualität in einem positiven Sinne. Freisetzung von traditionellen Beschränkungen hat doch nur ihren Sinn, wenn sie mündet in eine gelingende Identitätsbildung für den einzelnen. Voraussetzung dafür sind für die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeiten, daß das, was als

Ideologie angeboten wird, die Wahlmöglichkeiten, daß das in der Biographie des einzelnen Kindes auch eine objektive Wahlmöglichkeit wird. Beispiel dafür ist eine Bildungspolitik, die die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen in den Vordergrund stellt. Dieses hieße für mich: Schluß mit allen Begrenzungen im übrigen, was die Zugangsmöglichkeiten zu höherwertigen Bildungsabschlüssen, was aber auch den Übergang zu Ausbildungsberufen, zu Ausbildungsplätzen angeht, was die Schwellen zum Arbeitsmarkt angeht.

Wenn diese objektive Wahlmöglichkeit dann da ist, müssen Jugendliche mehr als bisher unterstützt werden bei der Abwägung von Vor- und Nachteilen der einen oder anderen Entscheidung. Sie müssen mehr Raum, mehr soziale Kontakte, mehr Möglichkeit haben, mit anderen darüber zu reden, sich auseinanderzusetzen, welches die



Sybille Nonninger, Bundesleitung Pfadfinderinnenschaft St. Georg

richtige Entscheidung ist. D. h., auch hier kann man nicht nur an die Familie denken. Hier muß mehr Raum – die Jugendverbände könnten einen solchen Raum darstellen – dazu da sein, daß Lebensplanung, individuelle Lebensplanung mit anderen zusammen betrieben werden kann. Das wiederum setzt eben die Räume voraus, in denen sich Solidarität entwickeln kann. Solche Räume sind auch die Jugendverbände. Jugendverbände bieten die Möglichkeit, mit mehreren anderen, auch anderen Alters, ins Gespräch zu kommen, zu lernen, die eigenen Interessen mit denen der anderen zu vereinbaren, Kompromisse zu finden. Eigene Bedürfnisse zu artikulieren und im Kompromiß mit anderen durchzusetzen.

„Abschied nehmen von der alten Familienideologie“

Monika Simmel-Joachim

Sie sollten Abschied nehmen von der Illusion, daß Familie immer der beste Ort für Pflege und Erziehung in jedem Alter und für alles ist.

Alte Menschen in der Familie zu pflegen, bedeutet z. B. auch, sie in ihrer ganzen, alten Körperlichkeit zu pflegen. Wenn also Kinder ihre Eltern pflegen, dann sollten wir nicht übersehen, daß alte Frauen und Männer immer noch ein Geschlecht haben. Es ist ein Tabu, gerade bei der Altenpflege in der Familie, über Erotik und Sexualität zu sprechen, was es für die Tochter oder Schwiegertochter bedeutet, dem alten Vater oder der Mutter wie einem Baby die Windeln zu wechseln. Daß die viel beschworene Generationensolidarität in der Familie vor allem die Frauen der mittleren Generation belastet, ist bekannt, doch wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß die häusliche Pflege für die alten Eltern nicht immer die beste Lösung ist. Wer Familiensolidarität als Idylle beschreibt, leugnet den Konfliktstoff, der in dem hohen Maß an emotionaler Überbelastung liegt.

Auch für Jugendliche ist die Familie nicht immer der richtige Ort, sich z. B. mit Fragen in der Entwicklung ihrer Sexualität auseinanderzusetzen, in dem sie lernen können, ihre Liebesfähigkeit in partnerschaftlicher Weise zu entfalten. Die Herkunftsfamilie kann fesseln, in falschen Abhängigkeiten bestärken, und sie ist nur allzu oft ein schlechtes Vorbild in repressiver Sexualmoral. Sexuell aktiv zu werden, bedeutet für Jugendliche doch gerade, sich von der Familie abzulösen. Partnersuche braucht Räume, in denen Jugendliche Lernchancen fin-

den, die sich gerade von den traditionellen familialen Vorbildern doppelter Sexualmoral unterscheiden.

Wir sollten wirklich Abschied nehmen von der ideologischen Verbrämung von Familie, und die existierenden Formen der Inhumanität sowohl für die ältere wie die jüngere Generation deutlich aussprechen, damit wir uns auch den Hoffnungen ehrlicher zuwenden können, die mit familialem Zusammenleben von den Menschen verbunden werden.

Im Irseer Entwurf heißt es sehr allgemein: „Familie als Lebensgemeinschaft mehrerer Generationen hat Anspruch auf Schutz und Förderung. Staat und Gesellschaft haben die Aufgabe, die Erziehungskraft der Familie zu stärken, in den Bereichen, die sie nicht ausfüllen kann, zu ergänzen und notfalls zu ersetzen.“ So etwas könnte jede andere Partei auch geschrieben haben. Als Nichtmitglied Ihrer Partei habe ich mich gefragt, was daran für eine sozialdemokratische Partei kennzeichnend sein soll, welcher Entwurf von Solidarität darin enthalten ist. Ich habe bisher immer noch an Ihre Partei die Erwartung gehabt, daß sie sich eine gesellschaftliche Vision erhält, in der Solidarität nicht nur als Schutz und Trutzgemeinschaft von sozial Schwachen vorkommt. Ihr Ziel, die Familie zu stärken, enthält nichts weiter als die satzsaam bekannten Formen der Entlastung von der Familie aufgebürdeten Aufgaben. Solange öffentliche Einrichtungen in der traditionellen Notbehelf-Fixierung stecken bleiben, weil die Familie Aufgaben „nicht ausfüllen kann“. Sie wollen ergänzen und notfalls ersetzen – was aber wollen Sie gestalten an Leben in den Familien?

Solange ergänzende Einrichtungen staatlicher Institutionen oder freiwilliger sozialer Einrichtungen in bezug auf die Familie als Notbehelf gedacht werden, wird die Familie als „das Eigentliche“ angesehen, der nur dann mit Unterstützung zur Seite zu stehen ist, wenn sie nicht funktioniert. Das ist das Gedankengut klassischer Familienideologie. In mehr als 100 Jahren sollte doch zumindest die Sozialdemokratie gelernt haben, die sich schon immer mit weiblicher Erwerbsarbeit, geringeren, familial bestimmten Grenzen von Chancengleichheit für Kinder und Altersarmut auseinanderzusetzen hatte, daß Notbehelf-Einrichtungen nur von den größten Ungerechtigkeiten entlasten, aber sie zugleich auch weiter erhalten. Das betrifft die öffentliche Kinderbetreuung ebenso wie Altenpflegeeinrichtungen. Es

sollte darum gehen, Familien strukturell zu entlasten und ein gesellschaftliches Ergänzungsprogramm aufzubauen, das nicht nur Nöte verwaltet. Solidarische und gesellschaftlich zu verantwortende Bedingungen müssen gestaltet werden, in denen die Menschen, ob jung oder alt, unabhängig von ihrer familialen Herkunft sich in Würde in jedem Alter entwickeln können.

Am Beispiel der Probleme von alleinerziehenden Müttern läßt sich zeigen, was das bedeuten könnte. Geht man von dem Grundgedanken aus, daß Kinder ein Recht darauf haben, ihren persönlichen Möglichkeiten entsprechend in Würde groß zu werden, daß nicht der Zufall der Geburt ihre Chancen beschränken darf, dann hätten wir weder für die Mütter noch für die Kinder all die Folgeprobleme, die sich aus den mangelnden Einrichtungen zur Entlastung ergeben.

Ergänzende Einrichtungen zur Erziehung als Normalfall für alle Kinder, wie Tagesstätten und Ganztagschulen, reduzierten ganz erheblich die sozialen Probleme, die sich für die ca. eine Million der Kinder in Ein-Eltern-Familien ergeben. Wenn es normal wäre, daß Kinder auch aus vollständigen Familien einen Anspruch auf Unterbringung in Ganztageseinrichtungen hätten, normal in Zeiten, die kindgemäß sind und nicht als notwendige Ergänzung zum Erwerbsarbeitstag eingerichtet werden, dann verlöre die öffentliche Erziehung das Stigma, das sie aus einer Ableitung von der Familienideologie hat.

Dann würden übrigens auch viele der Umschulungsprobleme für Frauen, die einen Wiedereinstieg in den Beruf suchen, hinfällig. Wenn Erwerbsarbeit endlich als Teil der Normalbiographie von Frauen angesehen würde, öffentliche Einrichtungen für Kinder und alte Menschen – auch für deren Pflege geben ja Frauen oft ihre Berufsarbeit auf –, dann könnten Familien wirklich als emotionale und soziale Institutionen all die Kräfte entwickeln, die sie neben den gesellschaftlichen Einrichtungen ganz ohne Zweifel haben.

Familie hat noch nie losgelöst von den Bedingungen der Erwerbsarbeit bestanden. Wer über Familie spricht, muß auch diese Bedingungen einbeziehen. Flexible Lösungen sind gefragt, in denen sich die Vision und auch der politische Wille für eine solidarische Gesellschaft zeigt. Das betrifft Frauen, Kinder und ältere Menschen als die

Benachteiligten in erster Linie, aber auch die Männer, deren Lebensentwurf sich doch gerade aus der Benachteiligung all der anderen erst möglich macht. Arbeitsstagsmodelle, wie das jüngst erst wieder vorgetragene Modell eines 9-Studentages bei vier Tagen in der Woche, sind in höchstem Maße familienfeindlich. Flexible Zeiten sind für Menschen mit Kindern und auch für ältere Menschen, die noch rüstig sind und erwerbstätig sein wollen, doch nicht unbedingt identisch mit mangelnder sozialrechtlicher Absicherung. Wenn Mütter ihre kleinen Kinder morgens um 6 Uhr in irgend einen entlegenen Stadtteil in die Kinderkrippe bringen müssen, um sie von dort erst wieder spät abzuholen, dann ist das genauso wenig kindgemäß, wie die absurden Öffnungszeiten von Kindergärten, etwa bis 12 Uhr, die es den Müttern nicht möglich machen, in ihrem Beruf zu bleiben.

All diese Probleme sind längst bekannt. Solidarität zwischen den Generationen findet nicht nur in der Familie statt. Sie muß als gesellschaftliches Programm weit über die Familie hinausgehen, sonst wird Familie nur erneut ideologisch überhöht, und die Lasten dieser Lebenslagen haben Alte, Kinder und Frauen zu tragen.

Ich erwarte von Ihrer Partei in einem Programm mehr an zukunftsstaltenden Ideen, denn wer, wenn nicht Ihre Partei, soll sie entwickeln und politisch verwirklichen?

Neuverteilung der Arbeit

Ilse Brusis

Wir haben die Hoffnung gehabt, daß mit der Programm-Diskussion wieder Schwung in die Partei hineinkommt. In einigen Bereichen ist das auch gelungen. Ich will aber auf einige Beiträge eingehen. Z. B. was Doris im Hinblick auf die jugendpolitischen Aussagen gesagt hat, aber auch im Hinblick auf die Frage: Warum packt man eigentlich Alte und Junge da in ein Kapitel hinein? Und formuliert dann einen Text, der deutlich macht, daß man eigentlich nur betreuen will, aber nicht begreift, daß es sich um Lebensphasen handelt, in denen die Menschen das Bedürfnis haben, ein selbständiges Leben zu führen, ein erfülltes Leben zu führen. Dies sind Dinge, die inzwischen durch die Diskussion in der Programmkommission, aber auch in all den vielen Diskussionskreisen, die stattgefunden haben, weiterentwickelt worden sind. Da ist also schon etwas verändert worden. Im Hinblick

auf die Familienfrage muß ich sagen, daß wir da doch ein sehr breites Spektrum in der SPD haben, bei dem es etwas schwierig sein wird, eine Position durchzusetzen. Wir haben ein bißchen diesen Bereich auch berührt im Zusammenhang mit der Frage „Zukunft der Arbeit“. Da ist also die Frage aufgetaucht, wie weit wollen wir eigentlich die Reproduktionsbereiche, die zur Zeit von Frauen weitgehend abgedeckt werden, kommerzialisieren, um in diesen Bereichen auch zusätzliche neue Arbeitsplätze zu schaffen. Hier hat es eine sehr kontroverse Diskussion gegeben, und es gibt da eben doch auch die Auffassung, daß man versuchen sollte, diese Bereiche nicht völlig zu kommerzialisieren, sondern die Familie, d. h. auch die Männer, sehr viel stärker in die Verantwortung hineinzunehmen. Das wird eine Diskussion sein, die uns noch eine Weile begleiten wird. Ich bin nicht sicher, daß wir da mit dem neuen Entwurf schon zu einem Abschluß der Diskussion gekommen sind.

Was die Frage der Zukunftsentwürfe der Frauen anbetrifft, muß ich gestehen, daß ich da persönlich auch immer etwas im Streit mit Teilen der Programm-Kommission liege, weil ich nicht so ganz zufrieden bin mit der nur verbalen und im Hinblick auf konkrete Konsequenzen weitgehend folgenlosen Aufwertung der Haus- und Familienarbeit. Nur ein Gerede über die Aufwertung von Haus- und Familienarbeit scheint mir die Gefahr zu beinhalten, daß man die Frauen eben doch wieder auf diesen Arbeitsbereich verweisen will und ihnen dann nur deutlich machen will, wie wichtig doch diese Arbeit auch für die Gesellschaft ist. Mich hat sehr gefreut, daß das heute mehrfach hier angesprochen worden ist, daß gerade auch junge Frauen den Anspruch haben, an der Erwerbsarbeit teilzuhaben, über die Erwerbsarbeit auch finanziell unabhängig zu werden und ihre Persönlichkeit zu entwickeln durch Tätigkeiten und Qualifikationen, die man eben in der Haus- und Familienarbeit nicht entwickeln kann. Wenn dies so ist, muß unser vorrangiges Bestreben dahin gehen, Wege aufzuzeigen, wie wir Vollbeschäftigung erreichen können, und zwar Vollbeschäftigung so, daß sie nicht nur für den männlichen Teil der Bevölkerung gilt, sondern auch für den weiblichen Teil.

Dies hat dann Konsequenzen im Hinblick auf all das, was im Bereich der Reproduktionsarbeit zu leisten ist. Hier teile ich die Auffassung derjenigen, die sagen, es wird Zeit, daß auch die Männer begreifen, daß sie nicht nur Arbeitnehmer, Angestellte, Funktionäre und was

weiß ich sonst noch sind, sondern daß sie auch Väter und Ehemänner sind und daß sie sich auch um diesen Bereich stärker zu kümmern haben. Nur, ich gestehe ebenso offen, daß mir noch nicht so recht eingefallen ist, welche politischen Konsequenzen wir über die Verkürzung der Arbeitszeit hinaus, über die Frage der Vollbeschäftigung für die Frauen, noch ziehen können, um wirklich die Männer endlich auch dazu zu bringen, sich stärker dem Reproduktionsbereich zuzuwenden.

Als Gewerkschafterin muß ich sagen, wir haben zwar die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf jetzt ca. 38 Stunden geschafft, aber daß sich so schrecklich viel an der traditionellen Verteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen geändert hat, kann ich nicht feststellen. Deshalb bin ich auch nicht so ganz sicher, daß, wenn wir eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, der wöchentlichen und täglichen vornehmen, daß dann dieser Prozeß automatisch einträte. Hier müßte man auch noch ein bißchen stärker nachdenken, was denn da politisch und gesellschaftlich noch geschehen muß.

Beitrag aus dem Plenum

Ich möchte einmal fragen, was Solidarität eigentlich im Grundwertekatalog der Sozialdemokratie für einen Stellenwert hat; es ist ja früher als ein Klassenkampf-begriff gewertet worden der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter. Aber wenn es hier gesellschaftliche Verbesserungen, Veränderungen gegeben hat, müßten wir ja fragen, ob Solidarität heute vielleicht inhaltlich anders definiert werden müßte. Ich würde dann sagen, Solidarität oder solidarisches Denken und Handeln muß eine gesellschaftliche Grundhaltung sein. Also sozusagen eine ethische Grundhaltung, die darauf zielt, daß eine Gesellschaft sich weiterentwickelt, hin auf mehr Humanität. Solidarität muß dann der Grundwert sein, der die Politik der SPD bestimmt und der sie unterscheidet von der Politik anderer Parteien.

Da heißt es dann z. B., daß man auch Konflikte gewaltfrei lösen lernen muß, daß Konflikte ausgehalten werden können, werden müssen, daß es möglich sein muß, legale Rechtsansprüche zurückzustellen zugunsten anderer Schwächerer. Also daß man für Veränderungen eintreten muß, für Reformen, auch wenn sie einem kurzfristig oder nie vielleicht etwas nützen, daß man Privilegien abgeben muß.

Wenn das die Grundforderungen sind, die Solidarität auch definieren könnten, dann müssen wir uns fragen, was hindert uns denn daran oder die Gesellschaft, solidarisch zu sein. Gibt es Möglichkeiten, Solidarität zu erlernen oder sozusagen beizubringen? Bildungspolitik hat das ja auch versucht. Man müßte dann Programme haben, oder man müßte die Strategie verfolgen, davon wegzukommen, die Kinder beispielsweise einzuüben auf Schwarz-Weiß-Denken, auf Vorurteile oder auf undifferenziertes Denken. Solidarität zu üben oder linke Politik zu machen, heißt auch immer, von den anderen Lernfähigkeit zu fordern. Deshalb ist Solidarität meiner Meinung so ein schwerer Grundwertebegriff in der Diskussion, in der sozialdemokratischen Programmatik, und das macht die Diskussion auch schwierig.

Monika Simmel-Joachim

ich habe Schwierigkeiten mit der appellatorischen Ebene, die ich auch in dem Irseer Entwurf sehe. Es ist überhaupt keine Frage, daß es notwendig ist, daß die Menschen sich gegenseitig unterstützen, wenn sie krank sind, wenn sie alt sind, in allen möglichen Lebenslagen. Es ist aber offensichtlich keine Frage vom moralischen Anspruch her, es ist vielmehr ein gesellschaftliches Problem. Es geschieht zu wenig, was eigentlich selbstverständlich wäre.

Man muß verstehen, warum sich die Menschen nicht gegenseitig beim Einkaufen entlasten, warum sie nicht bei der alten Nachbarin klingeln, warum alte Menschen z. B. tot in ihren Wohnungen liegen seit Wochen und nicht gefunden werden. Da gibt es doch gesellschaftliche Bedingungen, die dazu führen, daß die Menschen so unmenschlich miteinander umgehen. Ein Grund, nicht der einzige, liegt in einer gewissen Isolation in der kleinen Familie. Die Familie löst längst nicht das ein, was die Menschen von ihr erhoffen. Die Familie ist der Ort, an dem die Menschen Vertrauen, Geborgenheit, Liebe suchen. Dennoch wird ein Drittel aller Ehen geschieden, in Ballungsgebieten jede zweite Ehe. Man muß einfach diese gesellschaftlichen Faktoren ernster nehmen, und nicht nur als eine Krisenerscheinung der Familie kritisieren, als wäre das, was früher war, nur gut gewesen. Es hat lange gedauert, bis die Menschen zu dieser Art der Ehe gefunden haben, wie wir sie heute für normal erklären, und gerade die Geschichte der Arbeiterklasse zeigt, wie schwierig es z. B. im

19. Jahrhundert gewesen ist, die Männer dazu zu bringen, daß sie tatsächlich auch dazu beitragen, ihre Kinder zu ernähren. Ein ähnliches Problem haben wir heute immer noch bei geschiedenen Beziehungen oder bei Müttern, die ihre Kinder ledig aufziehen müssen. Nicht umsonst gibt es die Unterhaltsvorschuß-Kasse. Ich habe den ganzen Nachmittag auf glühenden Kohlen gesessen, weil ich immer auf die Punkte gewartet habe, in denen es um politische Programmatik geht. Sie sollten im Programm konkreter werden und mehr Mut haben, wirkliche Entwürfe zu machen. Nicht Appelle an Mitmenschlichkeit. Das hören wir ständig.

Doris Ahnen

Solidarität halte ich für einen ganz zentralen Grundwert, und ich halte es für einen zentralen Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik. Die SPD ist eben auch die Partei, die, wenn es z. B. um Arbeitsmarktpolitik geht, als Ziel Vollbeschäftigung und Arbeit für alle formuliert.

Aber hier wurde z. T. diskutiert, als sei Solidarität so ein bißchen Almosen. Wo man sich gegenseitig was gibt und ein bißchen etwas zu kommen läßt, weil wir alle gute Menschen sind. Aber Solidarität ist in weiten Bereichen dieser Gesellschaft schlichte Notwendigkeit, weil wir aufeinander angewiesen sind. Aber auch eine schlichte Notwendigkeit, um bestimmte Forderungen durchzusetzen. Von daher würde ich gerne diesen Begriff Solidarität davon wegbringen, daß das alles Nächstenliebe ist. Vielmehr muß es auch politische Strategie sein. Das ist meine Anforderung an das Grundsatzprogramm, daß dies deutlicher wird.

Hier wird viel geredet über Ausdifferenzierung und Individualität, und manchmal klingen am Rande ein paar positive Töne mit an. Aber insgesamt habe ich den Eindruck, die meisten, die es hier ansprechen, verstehen darunter Vereinzelung und Vereinsamung bzw., als zweite Verhaltensmöglichkeit, Ellenbogendenken. Wir gewinnen diesem Begriff sehr wenig Positives ab. Das ist zu weiten Teilen auch im Grundsatzprogramm der SPD so.

Ich will einmal versuchen, ein paar Wünsche und Erwartungen von Jugendlichen darzustellen, die oft als Individualisierung beschrieben

werden. Wir wollen unser Leben selbst gestalten, und wir wollen Möglichkeiten haben, dieses Leben selbst zu gestalten. Wir wollen neue Lebensformen ausprobieren. Wir diskutieren heute anders über PartnerInnenschaften, die klassische Familienbilder in Frage stellen. Da ist dieser Begriff Individualität durchaus positiv zu besetzen. Aber all dies wollen wir nicht mit den Ellenbogen und alleine durchsetzen. Sondern diese Auseinandersetzungen finden sehr wohl vor einem kollektiven Erfahrungshintergrund statt.

Eine zentrale Voraussetzung, das eigene Leben zu gestalten, ist eine ausreichende finanzielle Absicherung. Auch dazu müssen Vor-



Bertie Ahnen, stv. Juso-Bundesvorsitzende

schläge ins Grundsatzprogramm. Die SPD täte nicht schlecht daran, z. B. über Konzepte einer finanziellen Mindestsicherung nachzudenken, gerade auch in diesen Bereichen. Ein erster Schritt wäre die Forderung nach elternunabhängigem BaFög.

Wir sollten begreifen, daß Kritik und Experimentierfreude, wie sie bei Jugendlichen zutage tritt und wie sie sich in ganz unterschiedlichen Formen auch ausdrückt, eine Chance ist, festgefahrene Strukturen zu beleben und zu verändern. Und das ist etwas, was auch die SPD bitter nötig hat.

Mein Plädoyer ist, klarer und provokativer für die Zukunft zu formulieren.

Stefan Guthoff (Falken)

Im Irseer Entwurf ist zu lesen: Vor allem wenden wir uns an die jungen Menschen, gerade von Ihnen erwarten wir keine kritiklose Zustimmung oder: aber wo es um ihre Zukunft geht, können auch berechtigtes Mißtrauen und begründete Vorwürfe nicht das letzte Wort sein. In solchen Worthülsen wird die künftige Aufgabe und auch die Verantwortung von jungen Menschen in der sozialdemokratischen Politik abgehandelt. Unser Eindruck ist, daß die Ursache hierfür ist, daß ein umfassendes, jugendpolitisches Reformkonzept in diesem Entwurf letztendlich nicht vorkommt, daß es bezeichnend ist, daß die sogenannte junge Generation unter dem Kapitel „Solidarität zwischen den Generationen“ abgehandelt wird. Wir gehen davon aus, daß Jugendpolitik, auch Kinderpolitik, in allen Lebensbereichen und auch in allen Politikbereichen der Wirtschafts-, Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik, nicht nur für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen entscheidend sind, sondern auch ihre Gegenwart bestimmen und daß wir also Jugendpolitik als integralen Bestandteil komplexer Gesellschaftspolitik sehen müssen.

Wenn es richtig ist, daß Jugend eine Schnittstelle zwischen neuen Ansprüchen, zwischen gewandelten Werten, zwischen veränderten Lebensweisen und zwischen sich im Umbruch befindlichen Klassenstrukturen ist, dann braucht ein Reformprojekt der Sozialdemokratie angesichts der Krisenrealität von Jugend heute ein jugendpolitisches Konzept, und das läßt sich weder unter der falschen Frontstellung

Generationenkonflikt, noch in der Orientierung auf die Stärkung der Familie abhandeln.

Eine solche Kritik positiv zu wenden, würde bedeuten, daß ein eigenständiges reformorientiertes, jugendpolitisches Kapitel in diesem Grundsatzprogramm präsentiert wird. Das angeknüpft wird an die legitimen Ansprüche von Kindern und Jugendlichen, auf sinnvolle Arbeit und an solidarisches Leben, daß allen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht werden muß, in der sie ihre persönlichen Neigungen und Fähigkeiten einbringen können, daß den Kindern und Jugendlichen umfassende und eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten für ihr Leben in Freizeit und Bildung und Ausbildung und eigenständige Interessenvertretung in Schule, im Betrieb und an der Hochschule eingeräumt werden. Daß im Programm zugesagt wird, für die Interessen und Ansprüche von Jugendlichen aktiv einzutreten, daß die Realität verändert werden muß, um den Ansprüchen zu genügen und nicht die Ansprüche zu relativieren sind.

Rudolph Scharping hat gesagt, daß es zur Mode geworden ist, die Pluralität von Lebensentwürfen in der Jugend hervorzuheben und daß Kollektivität und Solidarität gleichzeitig negativ besetzt werden. Wir gehen davon aus, daß Ziel der sozialdemokratischen Jugendpolitik bleiben muß die Sicherung von kollektiver Interessenvertretung, daß Kollektivität und ein Höchstmaß an individueller Freiheit vereinbar ist. Daß aber Individualität als Fetisch in einen verhängnisvollen Prozeß führt zu Vereinzelung und der Atomisierung der Gesellschaft. Entsolidarisierung und Entpolitisierung der Jugend können keine Bausteine der Zukunft sein. Jugendverbände, demokratische Schule und auch freie Initiativen sind als Träger solcher solidarischen und kollektiven Prozesse auch in einem Grundsatzprogramm der SPD ausdrücklich hervorzuheben.

Rose Götte

Ich glaube, es ist an der Zeit, auch einmal vor dem Mißbrauch des Begriffs Solidarität zu warnen. Sehr oft wird Solidarität gleichgesetzt mit grenzenloser Opferbereitschaft in der Familie.

Deswegen möchte ich ein paar Sätze zu einem Stichwort sagen, das wir heute noch kaum behandelt haben. Nämlich das Stichwort: Pfl-

gebedürftigkeit. Wir haben in der Bundesrepublik 1,6 Millionen Pflegebedürftige. Sie werden zu 90 % von Familienangehörigen gepflegt. In der öffentlichen Diskussion der Gesellschaft wird das immer sehr hoch honoriert und den Pflegebedürftigen auf die Schulter geklopft: „Das ist doch fein, daß wir so viel Opferbereitschaft in unserer Gesellschaft haben.“ Hier müssen wir wirklich sehr viel mehr tun, als nur auf die Schulter zu klopfen und nur dankbar zu sein. Wir halten uns immer für eine so humane Gesellschaft. Aber wer regt sich denn ernsthaft darüber auf, daß es Tausende von Frauen gibt, die seit 14 Jahren keinen Urlaub hatten, die nachts fünfmal aufstehen müssen, die mit 80 Jahren den 101-jährigen Vater versorgen, wie ich es letzte Woche in einer Familie erlebt habe. Da wird eine Leistung erbracht, eine Erwartung von der Gesellschaft an diese Leute gestellt, die unmenschlich ist. Wenn wir den Anspruch erheben wollen, eine humane Gesellschaft zu sein und eine sozialdemokratisch gestaltete Gesellschaft zu werden, dann dürfen wir dies nicht mit dem Schlagwort Solidarität barmherzig zudecken.

Efriede Eilers:

Im Grundsatz: Gemeinschaft soll sich auch gegenseitig tragen.

Wenn wir Alter heute schon definieren bei den Endfünfzigern, und wir wissen ja, daß wir dann die verschiedensten Stufen der Alterung sehen, dann sehe ich eine Aufgabe für viele Menschen, doch noch anderen freundschaftlich, solidarisch zu begegnen, mitmenschliche Verantwortung zu praktizieren. Ich sehe hier viele Möglichkeiten, die auch noch nicht von allen so angenommen und ausgeschöpft sind. Ich sehe viele Möglichkeiten, diese Dienstleistungen, die wir heute erbitten, einfordern und bezahlen, wo wir vielleicht untereinander in der gegenseitigen Hilfe – heute bin ich dran und morgen bist du dran – einiges mehr tun können als jetzt wird. Es gibt viele Kleinigkeiten, angefangen bei Telefonketten, wo sich Menschen gegenseitig sicherer machen, daß sie noch miteinander Kontakt haben, daß ihnen nichts geschehen ist an diesem Tag oder in dieser Nacht. Andere Ansatzmöglichkeiten gehören dazu bis hin zu Wohngemeinschaften, die wir hier noch gar nicht erwähnt haben. Leben und Wohnen in einer Gesellschaft, die älter wird.

Monika Simmel-Joachim

Ich möchte noch etwas zur Familienpolitik sagen. In der Tat hat die SPD in bezug auf die elterliche Sorge wirklich Epochenmachendes geleistet. Anknüpfend an diese Tradition wäre z. B. eine Überschrift, die nicht „Stärkung der Familie“ hieße, sondern z. B. „Unterstützung und Entlastung der Familie“, schon eine andere programmatische Aussage, die Ganztagschulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, andere Schulmodelle, soziales Lernen und Chancengleichheit beinhalten könnte. Es reicht nicht, daß die mittelständischen Mütter mit eigenem Auto zum Musikunterricht fahren, sondern alle Kinder müssen einen Anspruch auf musische Bildung haben. Alles das gehört für mich zur Generationensolidarität und in ein Grundsatzprogramm hinein. Aber Entlastung der Familie und nicht nur Stärkung der Familie! Denn die Familie und in ihr vor allem die Frauen sind überlastet, und die Männer sogleich einbeziehen zu können in die Praxis des Familienalltags, das, denke ich, wird noch ein längerer Weg sein, der auch nicht über Familienpolitik zu gehen ist, sondern der durch knallharte Forderungen in der Erwerbsarbeit durch Quotierung und ähnliche andere politische Forderungen durchzusetzen sein wird und sich dann auf die Familie auswirken wird.

Beitrag aus dem Plenum

Wenn man sich das einmal überlegt, der Problematik der jungen Generation, der Problematik alter Menschen in unserer Gesellschaft und der Problematik der Familie widmet der Entwurf ganze zwei Seiten in einem Dokument von insgesamt rund 35 Seiten, und das, obwohl gerade in diesem Bereich der stärkste soziale Wandel in den letzten zehn Jahren und in der Zukunft sich vollzogen hat bzw. noch vollziehen wird. Ein sozialer Wandel, der offensichtlich an den Vorstellungen, an den Erfahrungen, an der Lebenswelt der sozialdemokratischen Programm-Schreiber vollständig vorbeigegangen ist, ohne daß sie auch nur einen Begriff davon bekommen haben. Alle Probleme, die mit der Erwerbstätigkeit zu tun haben, die sind hier in Länge und Breite ausgearbeitet. Hätte die Programm-Kommission nur annähernd so viel Denken, annähernd so viel Arbeit, annähernd so viel Phantasie entwickelt, wie unter dem Titel: „Demokratie und Staat in unserer Gesellschaft“, dann wäre ein ganz anderer Programmentwurf herausgekommen. Hier wird nach wie vor eine Politik

gemacht, eine Politik definiert, die von dieser Erwerbswirklichkeit ausgeht, andere Bereiche werden nur als davorgelagert, danachgelagert oder auch noch irgendwie sonst noch berührende Probleme begriffen, und sie werden auch nur in Zusammenhang mit diesen Themen aufgearbeitet und thematisiert. So kommt das zustande, daß man dann sich über die Altenproblematik ausschließlich unter der Überschrift Solidarpakt unterhält und vollkommen übersieht, daß vielleicht der größte soziale Wandel in den letzten hundert Jahren sich hier abspielen wird. Sie muß für diese Fragen Antworten finden, die in Übereinstimmung zu bringen sind mit ihren Grundwerten: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Da müssen über das Jahrhundert hinausreichende Leitbilder entwickelt werden, und das alles innerhalb einer relativ kurzen Zeit. Wenn die SPD nicht Kompetenz in diesen Berei-



Prof. Monika Simmel-Joachim, Bundesvorsitzende der SPD



chen gewinnt, dann wird sie mindestens die gleichen Probleme bekommen wie in der Ökologie-Frage und genausowenig regierungsfähig werden für die Zukunft. Denn es handelt sich, bitte bedenken Sie das, was Herr Tews gesagt hat, in 20-30 Jahren um 40 % der Bevölkerung, um ein riesiges Potential, wenn wir auf die alten Menschen schauen. Eine Partei, die dazu nicht mehr zu sagen hat als auf dieser Seite steht, die kann, die wird und die soll auch keine Wahlen in diesem Lande gewinnen.

Beitrag aus dem Plenum

Der Solidaritätsbegriff läuft in die Leere, wenn er den Menschen quasi in zwei Teile teilt und sagt, in dem einen Teil, in dem ökonomischen, da bist du schön eigensüchtig, weil das ja Sinn unseres Wirtschaftens ist, und im anderen Teil, da bist du der gute edle und übst mit allen Solidarität. Das kann nicht klappen, und deshalb muß in diesem Grundsatzprogramm Solidarität nicht nur auf die Frage Alt - Jung bezogen sein, sondern auch in der Abwehr von Gefahren, von Risiken, die alle betreffen. Ich denke nur an Umweltzerstörung, Ozonloch etc., das betrifft ja nicht nur Alt, nicht nur Jung. Also wird sich da auch solidarisches Handeln herausbilden. Es ist notwendig, den Begriff der Solidarität in dem Grundsatzprogramm in allen Teilen durchschauen zu lassen.

Rudi Peter (Saarbrücken)

Seit 15 Jahren lebe ich in zwei Welten. In einer der existentiell erlebten Solidarität, der Selbstverwaltungswirtschaft, und in einer rational diskutierten Solidarität der SPD.

Ich empfinde sie als Widersprüche. Ich frage mich seit 10 bis 15 Jahren, wo die Gründe liegen, daß ich mich wohler fühle in der Selbstverwaltungswirtschaft der jungen Menschen, die ich in 15-20 kleinen Gruppen und Institutionen, Vereinen, GmbH's usw. gegründet habe, und hier immer fremder werde, obwohl ich 30 Jahre Sozialdemokrat bin. Ich glaube, es liegt einerseits sicher daran, daß das, was Habermas gesagt hat, für mich ständig jeden Tag Erlebnis war, nämlich daß der Sozialstaat, gerade in der Schmidt'schen Zeit hat sich das gezeigt, überfordert war, nicht nur Lebensniveau zu erhöhen, sondern soziale Lebensweise zu fördern.

Zweitens: Wir haben festgestellt, daß die Solidarität in der SPD, in der Arbeiterbewegung sich auf Gegenwart bezog und unmittelbare Zukunft. Während sie in Zukunft, wie Jonas richtigerweise sagt, sich auf langfristige Zukunft beziehen muß. D. h., sie muß die Natur mit einbeziehen und die Konsequenzen unseres Handelns. Dies ist in der Arbeiterschaft, die den Kapitalismus weitgehend internalisiert hat, nicht Erfahrungs- und Lebenswirklichkeit.

Das sind die beiden Gründe, die ich aus dem ganz konkreten Erfahrungshorizont meines Lebens wiedergebe, zusammenfasse, dann glaube ich an die zukunftsfrüchtige Solidarität. Ich verstehe das, was hier der Kollege, Genosse und hier Sie auch gesagt haben, daß zukunftsfrüchtige Solidarität erst in den Anfängen sichtbar ist. Wir entwickeln erst in den Randgebieten solidarische Verhaltensweisen, die zukunftsfrüchtig sind und auch mitreißen werden. Es ist ganz typisch, daß heute kein einziges Wort darüber gesprochen worden ist über die Genossenschaften. Die Genossenschaften, so wie wir sie in der Selbstverwaltungswirtschaft sehen, sind ja Kristallisationspunkte neuen solidarischen Lebens, in denen die Zielgemeinschaft von Sozialität, Ökologie und Ökonomie erlebt und erprobt wird.

Rose Bruns

Ich fände es falsch, wenn wir den Solidaritätsbegriff nur definieren würden als so eine Art Mitleid der Starken gegenüber den Schwachen. Wir müssen unter Solidarität eben auch das gemeinsame Handeln der Schwachen im Kampf um ihre Interessen, im Kampf um ihre Rechte verstehen. Deshalb verweise ich noch einmal auf das, was Rose Götte aus dem neuen Entwurf zitiert hat. Da ist der Solidaritätsbegriff in dieser Weise definiert worden. D. h. aber, daß wir daraus natürlich auch Konsequenzen auch auf andere Bereiche des Programms ziehen müssen. D. h. zum Beispiel, daß wir im Bereich der jugendpolitischen Aussagen etwas sagen müssen über die Möglichkeit Jugendlicher, sich in Organisationen unabhängig von irgendwelcher Bevormündung zusammenzuschließen und dort zu versuchen, ihre politischen Interessen zu formulieren und mit Hilfe dieser Organisationen durchzusetzen. Das hat Konsequenzen im Hinblick auf die Aussagen, die wir zur Arbeitswelt machen und den rechtlichen Sicherungen, die wir dort festlegen als Forderungen an Gesetzgeber und an die Politik. Das hat Konsequenzen im Hinblick auf Aussagen, die

wir zu den Gewerkschaften in einem solchen Programm machen. Mir lag daran, dies hier noch einmal zu betonen, weil ich den Eindruck habe, daß der Solidaritätsbegriff manchmal etwas zu sehr abgehoben wird auf die Frage des Mitleids der Starken mit den Schwachen.

Schlußbemerkung

Rose Götte:

Ich möchte mich zunächst im Namen der Kommission ganz herzlich bedanken, daß Sie da waren, daß Sie mitdenken, daß Sie mitgelesen haben und daß Sie Anregungen gegeben haben. Wir bemühen uns, die Anregungen aufzugreifen, und der abschließende Entwurf wird sich sehr stark vom Irseer Entwurf unterscheiden.

Von dem, was heute gesagt wurde, ist sicher der weitestgehende Antrag der, wir sollten uns mehr Zeit für das Programm nehmen. Eine Verschiebung ins nächste Jahr oder noch später wurde natürlich auch in der Kommission diskutiert. Weil wir aber auch jetzt schon klare Aussagen brauchen, die uns und der Gesellschaft zeigen, wohin wir wollen, sollten wir trotz aller Schwierigkeiten versuchen, noch in diesem Jahr ein Programm zu verabschieden.

Von den Anregungen, die heute gegeben wurden, ist sicher wichtig der Hinweis auf die Eigenständigkeit der verschiedenen Lebensphasen, daß wir wegkommen müssen von dieser „Betütelei“ und diesem An-die-Hand-Nehmen von Jungen und Alten. Daß wir vielmehr die Würde und die Eigenständigkeit der einzelnen Lebensphasen stärker im Blick haben müssen, aber auch die Wechselseitigkeit der Beziehungen stärker betonen müssen.

Die Anregung, daß wir statt des Kapitels „Solidarität der Generationen“ eigenständige Abschnitte zum Thema „Jugendliche“ und „Ältere“ machen sollten, ist in der Kommission jetzt schon konsensfähig. Überhaupt war es für mich eine Ermutigung, daß die hier geäußerte Kritik vielfach identisch war mit dem, was auch in der Kommission in den letzten Wochen und Monaten gefordert wurde. Wie groß die Übereinstimmung ist, müssen Sie dann beurteilen, wenn der letzte Entwurf auf den Tisch kommt.

Die Kritik, daß über die Familie zu wenig geredet wird oder daß über dieses oder jenes Thema nur so und so viel Zeilen im Programm vorkämen, war die Kritik, die am meisten und am häufigsten geäußert wurde. Das stimmt aber so nicht, denn das ganze Programm handelt von A bis Z vom Menschen.

So wird auch dann, wenn z. B. von gesellschaftlicher Gleichheit gesprochen wird oder von der Zukunft der Arbeit oder unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, auch von der Familie die Rede sein. Viele Kapitel durchdringen und ergänzen sich gegenseitig. Es ist äußerst schwierig, ein Thema isoliert von den anderen Themen abzuhandeln.



Rose Götte (Mitgl.), Mitglied der SPD-Programmkommission

In der Diskussion wurde vorhin sogar gesagt, es sei eigentlich unsinnig, ein Kapitel über Alt und Jung, Mann und Frau, Familie und andere Lebensgemeinschaften zu machen, denn Alt und Jung und Mann und Frau kämen ja in allen anderen Kapiteln sowieso vor, und deswegen hätte man das eigene Kapitel von vornherein streichen können. Dieser Meinung bin ich nicht, denn ich meine, daß einer der zentralen Kernpunkte dieses Programms eben auch das neue Bild der Frau, das neue Bild des Zusammenlebens, des solidarischen und kameradschaftlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft sein soll.

Ich bedanke mich und verspreche, alle Anregungen weiterzugeben.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn.

Redaktion: Sekretariat der Programmkommission in Zusammen-
mit dem Seniorenreferat.

Bestell-Nr.: 390185

Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

5-B9-A 1-5